

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Mobilität und Verkehr

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz sind zu Punkt 4 c bis g der Tagesordnung hinzugeladen.

67. Sitzung
11. Februar 2026

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 17.06 Uhr
Vorsitz: Lars Bocian (CDU), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl einer/eines Vorsitzenden

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2303
**Sichere Geh- und Radwege auch im Winter –
Glättechaos beenden, BSR zentral mit dem
Winterdienst auf allen Wegen beauftragen** [0377](#)
Mobil(f)
WiEnBe*
UK
- b) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/2896
**Sichere Gehwege im Winter gewährleisten –
Stufenmodell zur Weiterentwicklung des Berliner
Winterdienstes** [0443](#)
Mobil(f)
UK
- (neu) c) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2933
Änderung des Berliner Straßenreinigungsgesetzes [0444](#)
Mobil
- (neu) d) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
auf Annahme einer Entschließung
Drucksache 19/2933-2
Evaluation und Reform des Berliner Winterdienstes [0448](#)
Mobil
- (neu) e) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf
Annahme einer Entschließung
Drucksache 19/2933-1
**Das Glättechaos in Berlin beenden – für einen
funktionierenden Winterdienst aus einer Hand von
Profis** [0447](#)
Mobil
- (neu) f) Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer
Entschließung
Drucksache 19/2933-3
**Mobilität für alle gewährleisten: Winterdienst neu
aufstellen** [0449](#)
Mobil
- (neu) g) Antrag der AfD-Fraktion auf Annahme einer
Entschließung
Drucksache 19/2933-4
**Winterdienst-Versagen beenden –
Fußgängersicherheit jetzt gewährleisten, statt
ideologisch am Streusalzverbot festzuhalten** [0450](#)
Mobil

Vorsitzender Lars Bocian: Zu b einen Hinweis: Das können wir heute nicht abstimmen und nicht beschließen, da uns aus dem UK-Ausschuss noch die Zuarbeit fehlt, und wir sind federführend. – Hat sich jemand gemeldet? – Zur Geschäftsordnung, bitte schön!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Herr Vorsitzender! Ich habe nur vorab eine Frage: Das Einladungsschreiben an die Mitglieder des UK-Ausschusses beinhaltet eine Zuladung nur zu Punkt 4 c. Gehen wir richtigerweise davon aus, dass aber die eingeladenen Kollegen, die hier auch zahlreich vertreten sind, zu allen Punkten unter TOP 4 reden und Stellung nehmen können?

Vorsitzender Lars Bocian: Das ist richtig, aber ich glaube, Beschlüsse für den UK-Ausschuss können wir hier nicht herbeiführen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Ob die dazu reden können?

Vorsitzender Lars Bocian: Zu c bis g sind sie zugeladen, also ja! – Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Dr. Bongardt von der SenMVKU bei uns anwesend. Zudem begrüße ich ganz herzlich Herrn Axel Koller von der BSR in Begleitung von Herrn Sebastian Brand, der Leiter der Organisation und Technik in der Geschäftseinheit Reinigung ist. Herzlich willkommen bei uns im Ausschuss! Ich hatte es vorhin schon gesagt, wir haben hier eine Aufnahme zu laufen, und die Presse kann zusehen und Aufnahmen machen. Damit sind Sie einverstanden? – Super! – Wünscht der Ausschuss die Anfertigung eines Wortprotokolls? – Ja! Dann machen wir das so.

Die Begründung zu den Anträgen unter TOP 4 a und e erfolgt durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Kollegin Hassepaß hat das Wort. – Bitte schön!

Oda Hassepaß (GRÜNE): Herzlichen Dank! – Wir hatten das jetzt gerade ein bisschen im Bericht aus der Senatsverwaltung. Was wir, glaube ich, alle festhalten können: Es war ein Thema, das alle Menschen draußen wirklich bewegt hat. Ob eine Stadt gut funktioniert, zeigt sich gerade daran, wie man mit den Schwächsten umgeht. Wenn die Menschen, die zu Fuß unterwegs sind, wochenlang dieser Gefahr ausgesetzt sind, dann kann man von Fürsorge nicht mehr reden. Deshalb finden wir, dass der Winterdienst auf Gehwegen grundlegend neu geregelt werden muss, weil es so, wie es ist, nicht funktioniert. Das haben wir ja gesehen. Wir möchten es gerne so haben, wie es auf Straßen gut funktioniert. Genau da setzt unser Vorschlag an. Wo besonders viele Menschen zu Fuß gefährdet sind, soll der Winterdienst aus einer Hand von Profis erledigt werden. Das heißt nicht, dass eine Organisation wie die BSR alles selbst übernehmen muss, sondern dass man natürlich auch die Möglichkeit hätte, das an Dienstleister herauszugeben, denn so, wie es war, kann es nicht weitergehen. Es ist klar, vielleicht in einem Jahr, vielleicht in fünf Jahren, vielleicht in acht Jahren, aber ganz klar ist, der nächste Winter kommt wieder, und dann müssen wir vorbereitet sein, und dann müssen wir die Menschen dort draußen schützen.

Wir fordern deshalb seit Langem, dass die Gehwege bei Schnee und Glatteis künftig zentral geräumt werden. Das betrifft nur wenige Wochen im Jahr und einen Zeitraum, auf den man sich eigentlich gut vorbereiten kann. Die Aussage, die Eigentümer sind verantwortlich, die wir hier wochenlang gehört haben, bringt die Menschen, die fallen, nicht weiter. Ich glaube, wenn wir sehen, dass bestimmte Sachen nicht laufen, ist es einfach klug, zu handeln und zu sagen, okay, wir unterstützen die Menschen, die hier mobil sein möchten, und wir nehmen die Eigentümer in die Verantwortung, indem wir die Sache neu regeln. – Ich glaube, dass wäre es so weit zur Einführung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Bocian: Vielen Dank! – Die Begründung zu den Anträgen unter b und g erfolgt durch die AfD-Fraktion. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort!

Alexander Bertram (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch für die Zuladung in den Ausschuss! – Passend zu der heutigen Sitzung und dem Bericht aus der Senatsverwaltung wurden heute die Zahlen der Glätteopfer von den Krankenhäusern veröffentlicht. Wenn man es liest: Im Januar 2026 mussten zehnmal so viele Menschen behandelt werden wie im Vorjahr. Bei der Charité war sogar seit Jahresbeginn ein zusätzlicher OP-Saal nahezu durchgehend in Betrieb. Das zeigt einfach wirklich die Dramatik der gesamten Situation und auch, dass hier zu spät und auch aus unserer Sicht völlig fahrlässig gehandelt wurde. Viele dieser Unfälle hätten vermieden werden können, wenn man das eben nicht auf die lange Bank geschoben hätte, sondern direkt angepackt und gehandelt hätte. Stattdessen durften wir in der Presse, das fand ich teilweise noch ganz witzig, die Koalitionsstreitigkeiten in epischer Breite lesen. Ich fand es ehrlicherweise, wenn ich mir die letzte Plenarsitzung in Erinnerung rufe, ein Trauerspiel, dass – erstens – die zuständige Senatorin und auch dann noch der Regierende Bürgermeister das Abgeordnetenhaus regelrecht um Streusalz angebettelt haben und dann ehrlicherweise Berlin damit international wieder mal zur Lachnummer gemacht haben, denn ich glaube, es gab keine Nachricht, die an dem Tag mehr durch die Presse ging, durch die sozialen Medien und sonst irgendwas, als das Betteln des Regierenden Bürgermeisters um Streusalz.

Ich möchte an der Stelle auch noch mal in Erinnerung rufen, dass, wenn wir unseren Antrag nicht eingebracht und in der letzten Plenarsitzung beraten lassen hätten, wir im Grunde gar nicht ernsthaft über die Glättesituation im Plenum gesprochen hätten, und da gehört es eigentlich auch hin. Es ist auch richtig und gut, dass wir dazu direkt auch in der letzten Plenarsitzung schon eine ausführliche Debatte hatten.

Jetzt ist es so, dass wir den Antrag beim letzten Mal eingebracht haben, und ich will Ihnen an der Stelle noch mal ganz kurz die zentralen Punkte nennen – erstens: Wir wollten damals schon die entsprechende Rechtsgrundlage schaffen, um gerade in diesen ganz besonderen Ausnahmefällen, wie wir sie erlebt haben, die Anwendung von Streusalz auch auf Gehwegen zu ermöglichen. Ich freue mich auch, dass die Koalition jetzt endlich unsere Idee aufgegriffen und einen entsprechenden Antrag eingebracht hat, denn das ist richtig, es geht letztlich um die Menschen. Da ist eben in der Güterabwägung immer der Mensch an erster Stelle. Da muss man dort auch die entsprechenden Prioritäten hinlegen.

Aber wir wollen da nicht stehen bleiben, sondern weiterhin ein Pilotprojekt für umweltfreundliche Auftaumittel auf den Weg bringen. Die gibt es eben in der Zwischenzeit schon. Die werden international angewendet. Die werden erprobt. Darum sagen wir auch, wir wollen von diesen Erfahrungen lernen und mitmachen. Wir wollen ein entsprechendes Pilotprojekt hier in Berlin auf den Weg bringen, um zu schauen, wie wir langfristig diese umwelt- und auch tierfreundlichen Auftaumittel grundsätzlich für den Privatgebrauch und auch auf Gehwegen zulassen können. Dann brauchen wir nämlich an der Stelle kein Streusalz mehr, können den Schritt wieder rückgängig machen und sagen, wir greifen grundsätzlich auf diese umweltfreundlichen Mittel zurück. Denn es ist schön und gut, wenn wir jetzt kurzfristig handeln, aber wir sagen, wir brauchen halt dort an der Stelle langfristig wirklich tragfähige Lösungen, und das funktioniert eben nur so. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Bocian: Ich möchte Herrn Kollegen Lux und Herrn Kollegen Bertram noch ganz ausdrücklich bei uns im Ausschuss begrüßen, die Kollegen aus dem UK-Ausschuss. – Als Nächstes begründen die Koalitionsfraktionen die Anträge unter c und d, es startet die CDU-Fraktion. – Herr Kollege, Sie haben das Wort!

Christopher Förster (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was haben wir seit Jahresbeginn erlebt? – Ich glaube, einen Winter, wie ihn Berlin fast zehn Jahre lang nicht mehr hatte, wenn wir mal ehrlich sind. Ich habe mal geguckt, was die Durchschnittstemperaturen im Januar letzten Jahres waren. Dann lagen wir bei sieben, acht, in der Spitze sogar zehn Grad. Ich glaube, keiner von uns hat noch im alten Jahr gedacht, dass wir mal wieder so richtig Winter haben. Ich habe mich sehr gefreut, meine Tochter auch, aber was viele nicht erfreut hat, ist, dass der Winterdienst, und zwar so, wie er organisiert ist, nicht funktioniert hat, egal ob bei privaten oder staatlichen Vermietern, es hat einfach nicht geklappt. Ich bin selbst Mieter der degewo, und ich kann Ihnen sagen, da, wo ich wohne, bei uns wurde immer zuletzt geräumt. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite, wo es privat organisiert war, war es immer frei und gestreut, bei uns nach drei oder vier Tagen. Irgendwann war die Eisschicht einfach so dick, da hat es dann nicht mehr geholfen.

Als es immer schlimmer wurde und die Krankenhäuser überfüllt waren – ich brauche Ihnen das gar nicht zu erzählen, die Debatten haben Sie ja mitbekommen und auch die Hilferufe –, hat Senatorin Ute Bonde eine Allgemeinverfügung erlassen, dass auch auf Gehwegen Privaten erlaubt ist, Tausalz zu verwenden. Das wurde wenige Tage später von einem Gericht inkassiert. Um rechtliche Grundlagen dafür zu schaffen und das in Zukunft in Extremsituationen zu regeln, haben wir uns in der Koalition darauf verständigt, § 10a des Straßenreinigungsgesetzes neu zu schaffen, der nämlich kurzfristig eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage schafft, um in eng umgrenzten Ausnahmefällen zeitlich befristete Abweichungen vom Verbot des Streusalzeinsatzes, der in § 3 Absatz 8 des Straßenreinigungsgesetzes geregelt ist, zuzulassen. Diese Regelung ermöglicht es der zuständigen Senatsverwaltung, flexibel und verhältnismäßig zu agieren. Zugleich kann die zuständige Senatsverwaltung unterlassenen Winterdienst im Wege der Ersatzvornahme beispielsweise mit der BSR kompensieren.

Da es aber nicht nur beim Ausbringen von Taumitteln bleiben kann, haben wir als Koalition noch einen Entschließungsantrag eingebracht. Wir wollen, dass das grundsätzlich alles evaluiert wird, was wir in den letzten Wochen gesehen und erlebt haben. Es soll gegebenenfalls eine Reform des Winterdienstes geben. Wir wollen, dass ganz klar Standards evaluiert und gefunden werden und wir eventuell später noch mal gesetzlich nachnovellieren müssen, damit das, was wir alle in den letzten Wochen haben erleben müssen, nicht noch mal passiert. – Danke!

Vorsitzender Lars Bocian: Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Schopf das Wort.

Tino Schopf (SPD): Vielen Dank, Vorsitzender! – Der Kollege Christopher Förster hat gerade ausgeführt, die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass der Winterdienst auf Berlins Gehwegen trotz klarer gesetzlicher Regelungen in der Praxis eben nicht zuverlässig funktioniert hat. Unterschiedliche Zuständigkeiten, häufig wechselnde Verantwortlichkeiten, mangelnde Koordination führten zu einem unübersichtlichen Flickenteppich, bei dem Gehwege teilweise gar nicht geräumt sind und selbst Anwohnende nicht wussten, wer bei ihnen vor der Haustür zuständig ist. Deswegen soll es nicht nur bei einer Änderung des Berliner Straßenrei-

nigungsgesetzes bleiben, indem wir – du hast es gerade ausgeführt – in § 10a den Einsatz von Tausalz ermöglichen, sondern der Senat bekommt von uns ganz klar einen parlamentarischen Auftrag, eine Hausaufgabe, bis zum 1. Juni eine Evaluation der bestehenden Regelungen vorzulegen, um dann eine umfassende Reform vorzubereiten. Ziel ist es, Zuständigkeiten klarer zu bündeln und die Organisation effizienter zu gestalten. Wir können uns da durchaus eine viel stärkere Rolle der BSR vorstellen. Von daher freuen wir uns auch, heute mit Ihnen, Herr Koller und Herr Brand, ins Gespräch zu kommen. Wir sind gespannt auf Ihre Expertise. Herzlich willkommen hier bei uns im Ausschuss! – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Bocian: Jetzt hat die Linksfraktion das Wort zur Begründung für den Punkt 4 f. – Bitte schön!

Niklas Schenker (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich glaube, man kann sich vor allem einfach noch mal der Kritik in den letzten Tagen anschließen. Also das war wirklich ein ziemliches Chaos, das wir hier in der Stadt gesehen haben, nicht nur, weil die Wege nicht geräumt wurden, sondern weil die Regierung hier in Berlin auch noch ein wirklich schlechtes Bild abgegeben hat. Es wurde gerade schon zitiert. Dass der Regierende Bürgermeister über Instagram mit dem Abgeordnetenhaus und damit auch mit seiner eigenen Koalition kommunizieren muss, ist interessant, aber die vielen Knochenbrüche der Berlinerinnen und Berliner, die hier auf die Nase geflogen sind, weil sich viele Vermieter einfach nicht an die Räumpflichten gehalten haben, sind doch ein ziemlich großes Problem. Deswegen müssen wir darüber nachdenken, was wir jetzt machen können. Ich finde sehr gut, dass die BSR heute da ist. Ich glaube, das kann ich für meine Fraktion auf jeden Fall noch mal sagen, die BSR hat alles gegeben, und wir sind den Beschäftigten total dankbar für ihren harten Einsatz auch in den letzten Wochen. Wir müssen deswegen vor allem darüber nachdenken, wie wir das in ähnlichen Situationen schaffen können, alle Kräfte zu mobilisieren, und wie wir stärker an die Vermieter herangehen können, die ihren Pflichten nicht nachkommen.

Ob das landeseigene Unternehmen oder andere sind, darüber muss man natürlich sprechen. Ich sage mal, bei den landeseigenen Unternehmen ist es eher Aufgabe des Senats, vielleicht eigene Kapazitäten zu schaffen und die Voraussetzung dafür, dass die landeseigenen ihren Pflichten nachkommen können. Schließlich zahlen wir das ja als Mieterinnen und Mieter in unseren Betriebskostenabrechnungen, ein paar Hundert Euro jedes Jahr dafür, dass dann im Zweifelsfall tatsächlich auch etwas passiert. Deswegen haben wir hier noch mal einen Antrag eingebracht, den wir gleich noch debattieren werden, aber vielleicht erst mal so weit zur Einordnung!

Vorsitzender Lars Bocian: Danke, Herr Schenker! – Dann haben wir die Begründungen abgeschlossen, und der Senat hat eine einleitende Stellungnahme für uns. – Bitte schön, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst mal will ich der BSR, weil sie heute hier anwesend ist, danken, weil das eine nicht nur sehr schnelle, sondern sehr gute und auch sicherlich auf ihrer Seite jenseits des Winterdienstes, da, wo der Winter in Berlin dann in den verschiedenen Jahren ist, aber zusätzlich auch noch mal sehr gute, gemeinsame Arbeit und auch Koordinierung von ganz unterschiedlichen Herausforderungen bis hin zu Streugut-Zurverfügungstellung, die wir sonst eher nicht haben – – Deswegen da mein herzlicher Dank!

Dann will ich sowohl zu TOP 4 a als auch zu TOP 4 c, vor allen Dingen aber zu TOP 4 a Stellung nehmen. Wir alle konnten das ja insbesondere in den letzten Wochen – und das schließt an das an, was ich eben schon an Dank adressiert habe – eindrucksvoll wahrnehmen, aber ich will es Ihnen trotzdem noch mal so aufzählungsweise in Erinnerung rufen. Der BSR obliegt bereits jetzt der Winterdienst auf Fahrbahnen einschließlich Radfahrstreifen, auf ausgewählten Fußgängerzonen und Plätzen, auf Gehwegen oder Gehwegteilen, die keinem Anliegergebrauch zuzuordnen sind, sogenannte Flächen ohne Anlieger, als auch in den Haltestellenbereichen der öffentlichen Verkehrsmittel einschließlich der Zuwegungen, Flächen vor den Wartehallen sowie der Straßen auf Brücken, in Tunnellagen und noch weiterer Flächen. So weit erst mal, was sie jetzt schon alles in ihrem gesetzlichen Auftrag zu tun hat!

Bei einem über 5 000 Kilometer langen öffentlichen Straßennetz in Berlin würde eine zusätzliche Übertragung des Winterdienstes auf allen Gehwegen eine deutliche Steigerung des Aufwandes an Logistik, Personal und Technik für die BSR bedeuten. Dazu wird sie sicherlich gleich selbst noch viel eindrucksvoller, als ich das hier könnte, ausführen. Grundsätzlich gilt, dass jeder Haushalt und auch jedes Grundstück innerörtlich zu Fuß auf gesichertem Weg erreichbar sein muss. Die Straßen, Wege und Plätze sind gemäß § 1 Absatz 1 des Straßenreinigungsgesetzes im Rahmen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu reinigen. Ich glaube, das sollte man gleichzeitig auch immer noch mal festhalten. Es war tatsächlich Wille des Gesetzgebers, dass im Interesse genau dieser öffentlichen Sicherheit und zur Gefahrenabwehr bewusst und explizit den Anliegern die Verantwortung für die Durchführung des Winterdienstes auf den vor ihren Grundstücken verlaufenden Gehwegen übertragen wurde.

Deswegen will ich nur zu dem Antrag, der BSR grundsätzlich alles zu übertragen, auch noch mal vor Augen führen, was das bedeuten würde. Eine Übertragung auf die BSR wäre mit hohen Kostensteigerungen verbunden. Der Abgeordnete Schenker hat eben auf das Stichwort Nebenkosten hingewiesen. 25 Prozent der Kosten würden durch das Land Berlin getragen werden, weil die Straßenreinigung in diesem Fall zu 25 Prozent durch das Land Berlin getragen wird. Aber 75 Prozent der Kosten müssen über Gebühren finanziert werden, durch die BSR, also Gebühren der BSR durch die jeweiligen Eigentümer, in einer Mieterstadt wie Berlin aber natürlich auch durch Wohnungsmieter und Gewerbetreibende. Insofern sollte man das bei der Diskussion sicherlich nicht ausblenden.

Andersrum will ich mich ausdrücklich für den Antrag der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Straßenreinigungsgesetzes bedanken. Wir schließen oft den Vergleich mit Hamburg. In dem Fall konnten wir alle feststellen, dass der Vergleich zwischen Hamburg und Berlin in den Straßenreinigungsgesetzen – – Auch das ist eine Besonderheit in Hamburg, dass das Straßerecht und das Straßenreinigungsrecht in einem Gesetz zusammengefasst sind, anders als bei uns, und damit ganz andere Grundvoraussetzungen vorliegen, aber vor allen Dingen das Bundesland Hamburg in seinem Straßerecht eben eine Öffnungsklausel hat. Dass Sie diese insbesondere jetzt mit aufnehmen und die Öffnungsklausel auch, aber nicht nur, zur Verwendung von Auftaumitteln auf Gehwegen formulieren, dass auch das aufgenommen wird, auch dafür mein ausdrücklicher Dank!

Ich will in diesem Atemzug – und dann komme ich auch zum Schluss – auch einen Ausblick geben, dass Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, wie wir Bußgeldrahmen für die Nichterfüllung des Winterdienstes in angemessener Weise anheben, insofern bei der Novellierung des

Straßenreinigungsgesetzes schon im Fokus ist und war, aber das, was Sie heute mit einbringen und dann sicherlich am Ende auch beschließen werden, in der einen oder anderen Form dann einhergeht mit einer Novellierung, die sicherlich auch noch andere Dinge eben mit in den Blick nehmen kann. Auch das konnte ich schon wahrnehmen in den Entschließungsanträgen und vor allen Dingen in dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen. Wir werden genauso weiterverfolgen, wie wir zusammen mit Ordnungsämtern, Straßen- und Grünflächenämtern und der BSR zukünftig die Situation in der Stadt von vornherein schon verbessern werden können, aber vor allen Dingen auch all die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, dann effektiver umsetzen und einsetzen werden.

Vorsitzender Lars Bocian: Recht herzlichen Dank, Herr Staatssekretär! – Herr Koller, Herr Brand! Sie haben gleich ein paar Minuten Zeit für eine einleitende Stellungnahme. Danach werden die Abgeordneten natürlich viele Fragen haben. Dann haben Sie noch mal ausführlich Gelegenheit, alle Fragen zu beantworten. Ich möchte, ich glaube, auch im Namen des Ausschusses Ihnen und vor allen Dingen der BSR im Ganzen ganz herzlich für die Arbeit danken, die Sie in den letzten Wochen geleistet haben. Wir wissen das wirklich zu schätzen und dass das viel war. Sie haben die Bevölkerung unterstützt. Sie haben Streugut verteilt. Sie sind eingesprungen, wenn Not am Mann war. Sie haben Amtshilfe geleistet beziehungsweise anderen Institutionen geholfen. Das war wirklich großartig. Sie haben die Stadt mit am Laufen gehalten. Dafür unser ganz großes Dankeschön! – Lieber Herr Koller, dann haben Sie jetzt das Wort, bitte schön!

Axel Koller (BSR): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, erst mal vielen Dank für die Einladung heute! Wir freuen uns sehr, dass wir vielleicht unseren Teil dazu beitragen können, die Situation, die wir in den letzten Wochen hatten, in Zukunft anders zu gestalten. Einleitende Worte von meiner Seite sind die: Wir sind seit dem 25. Dezember tatsächlich im Dauereinsatz. Meine Kolleginnen und Kollegen haben über 260 000 Einsatzstunden bis Ende Januar im Winterdienst geleistet. Der Vergleich zum letzten Jahr: Da waren wir insgesamt im Winter bei 120 000 Stunden. Wir haben noch gut anderthalb Monate vor uns. Daran sieht man schon, welche Belastung bei den Kolleginnen und Kollegen vor Ort da ist. Wir haben das, was uns gesetzlich aufgetragen ist, so gut es uns möglich war, erledigt. Ich glaube, ich kann gut sagen, dass das sogenannte E1-Straßennetz den ganzen Winter über gut befahrbar war. Da hatten wir tatsächlich eine Alleinstellung, wenn ich mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundesgebiet zusammensetze, was wir in diesem Winter oft getan haben. Es gibt Fachauschüsse Winterdienst. Da sind wir regelmäßig drin. Da gab es in diesem Winter Treffen, bundesweit und auch aus dem Dachgebiet, also Wien und Zürich waren auch noch dabei, weil es eben eine außergewöhnlich belastende Situation nicht nur bei uns in Berlin gab, sondern, wer es verfolgt hat, im ganzen Bundesgebiet.

Ich kann sagen, dass meine Organisation, meine Geschäftseinheit, insbesondere meine Mitarbeitenden – entschuldigen Sie den vielleicht etwas flapsigen Ausdruck! – im Moment wirklich am Limit sind. Wir freuen uns über jeden Tag, an dem es nicht schneit, an dem wir nicht wieder zehn oder zwölf Stunden die Kolleginnen und Kollegen zur Arbeit rufen müssen, und hoffen mal, dass – – Am nächsten Wochenende gibt es wahrscheinlich noch mal ein bisschen Winter, und dann sagen die Prognosen uns, dass wir endlich durchatmen können. Dann steht allerdings für uns schon die nächste große Herausforderung auf der Tagesordnung, und das werden Sie als Abgeordnete sicherlich auch merken, nämlich die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, dass wir die Tausenden Tonnen von Splitt, die draußen

rumliegen, am besten vorgestern schon weggeräumt haben werden. Damit beschäftigen wir uns jetzt schon gedanklich. – So viel zu den einleitenden Worten! – Neben mir sitzt mein Kollege Brand. Herr Brand ist der Verantwortliche. In seiner Abteilung ist die Hauptverantwortung für den Winterdienst geregelt. Deswegen ist er heute an meiner Seite, damit er die Fragen, die von Ihnen fachlich tief kommen, hoffentlich gut beantworten kann.

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Brand! Sie haben natürlich auch das Wort, wenn Sie etwas hinzufügen möchten. – Bitte schön!

Sebastian Brand (BSR): Ich kann das nur bestätigen, was Herr Koller gesagt hat. Wir waren in Berlin tatsächlich auch an diesem Eisregentag – – An diesem Montag im Berufsverkehr konnten alle Buslinien bedient werden. Die BVG musste nicht stehen bleiben. Also das ist eine großartige Leistung, was man im Umland nicht gesehen hat. Da waren wir wirklich gut unterwegs. Das ist eine Leistung, die von Ihnen schon zweimal mit Dank gewürdigt wurde und des Dankes wert ist. Also das hat gut geklappt. Das muss man auch mal festhalten, dass es in Berlin nicht nur schlecht war. Das andere ist das Thema Anlieger und Gehwege. Da haben wir heute auch schon einen großen Teil, haben Sie gesagt, in der Verantwortung. Da hat es nicht überall geklappt. Das muss man auch dazusagen. Über die Gründe können wir noch mal sprechen.

Vorsitzender Lars Bocian: Dann gehen wir in die Aussprache und starten mit der Kollegen Hassepaß. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Oda Hassepaß (GRÜNE): Herzlichen Dank! – Vielen Dank erst mal, dass Sie uns da sozusagen auch schon in die Diskussion eingeleitet haben! Herzlichen Dank auch, dass wir darüber hier endlich mal zusammen sprechen können! Ich hätte zwei Punkte, zu denen ich konkrete Fragen hätte, weil ja immer dieses Kostenthema so großartig herumwabert. Wenn ich davon ausgehe, dass 12 000 Kilometer Gehweg in Berlin sind, so ist die Zahl ja, glaube ich, dann müssen diese Gehwege ja geräumt werden, und das kann entweder einen Privatmensch machen, indem er schippt, oder es kann ein Dienstleister machen, oder es könnte die BSR machen. In allen Fällen, wenn man möchte, dass richtig geräumt wird, würde es Geld kosten, also eine bestimmte Summe. Wenn man jetzt sagen würde, man will alles geräumt haben, dann kostet es eine Summe Geld, und deshalb verstehe ich nicht so genau, warum man sagen kann, dann wäre es aber viel teurer, obwohl wir ja gleichzeitig sagen, es ist ja viel effektiver, wenn wir zum Beispiel in bestimmten Bereichen einen Dienstleister nehmen, der die ganzen Straßen nimmt und nicht nur 30 Meter und dann woanders hinfährt. Also das wäre meine erste Frage, ob die Effizienzgewinne durch klare Verteilung nicht zu beachten sind.

Dann die andere Frage: Die Kosten, die dem entgegenstehen, nämlich die Kosten für Verdienstaufschlag, Krankenhäuser, Gesundheitskosten und so weiter, müssen wir natürlich gesamtgesellschaftlich auch mit einrechnen.

Die zweite Frage wäre: Sie sprachen jetzt von mehr Ahndung, Kontrolle und höheren Bußgeldern. Die Bußgelder sind ja jetzt auch schon da. Also das Problem war nicht, dass es sozusagen zu günstig war, sondern dass es gar nicht erhoben worden ist und dass das Ordnungsamt da nicht hinterherkommt. Ist denn dafür eine Lösung geplant, dass man in Zukunft sagt, die Kontrolle wäre ja gar kein Problem, Räumen schaffen wir nicht, aber die Kontrolle ginge?

Dann noch mal ganz kurz zu dem Koalitionsantrag, der gestellt wurde: Da habe ich doch noch einige Fragen, denn es sind drei Stufen, und die Stufen sind: Erst mal kann der Senat Tausalz einsetzen. Wenn das Salz freigegeben wurde und der Winterdienst trotzdem nicht funktioniert, dann kann der Senat die Zuständigkeit der Ersatzvornahmen von den Bezirken nehmen. Wenn Sie dann merken, dass der Senat auch keine Ressourcen hat, kann er das den Bezirken wieder zurückgeben, die ja auch noch keine Ressourcen haben. Ich finde, das ist so ein bisschen hin und her ziehen. Die Decke ist immer zu kurz. Mir ist noch nicht klar, woher auf einmal die Ressourcen kommen, denn in dem letzten Schritt könnte man ja sagen, wenn auch das gar nicht klappt, dann gehen wir auf die BSR, dann kann die BSR die Ersatzvornahmen machen. Aber Sie hatten im ersten Schritt gesagt, das geht gar nicht, wir haben gar nicht die Ressourcen dafür, dann wäre die Lösung aber, dass die BSR alles übernimmt, ja auch nicht abgedeckt. Diese Fragen würde ich gerne noch erläutert haben, und das war es erst mal. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte schön, Sie haben das Wort!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Danke auch für Ihre Ausführungen und dass Sie heute hier sind, trotz dieses Stresses im Winterdienst! – Gestatten Sie mir eine kleine Anmerkung zum geschätzten Kollegen Förster! Herr Kollege, es wird nicht dadurch richtiger, dass man Falsches wiederholt. Auch Frau Bonde hat beim letzten Mal schon von extremem Winter gesprochen. Schauen Sie sich einfach mal beim rbb – im Archiv kann man das nachschauen – an, der das analysiert hat: Der extreme Winter war der letzte, nämlich zu warm. Dieser Winter ist ein ganz normaler Winter, was den Schnee und die Temperaturen angeht. Das Einzige, was unnormal war, war die Glätte, weil diese Form des dauernden Glätteisregens in der Tat ungewöhnlich und extrem war. Wir reden hier aber über einen Winter, den man hätte vorhersehen können, was Schnee und Kälte angeht. Insofern bleibt es bei der Thematik, dass der Senat leider nicht vor dem Winter auch schon gehandelt hat.

Meine Frage zunächst an Sie, Herr Koller: Wir haben in mehreren Bezirken, wo berichtet worden ist, auch seitens der BSR, gehört, die Probleme seien auch dadurch aufgetreten, dass es bei den Dienstleistern, die sie zum Räumen nehmen, zu hohen Insolvenzzahlen gekommen ist, sodass sie nicht mehr zur Verfügung standen und es nicht die Möglichkeit gegeben hat, dafür Ersatzfirmen zu finden. In Spandau beispielsweise, habe ich gerade mit dem Kollegen besprochen, war das ein Thema. Ist das aus Ihrer Sicht ein Problem, wo man noch mal nachschärfen muss, oder waren das vielleicht in einzelnen Bezirken Ausnahmefälle?

Die zweite Frage: Kollegen der Grünen reden immer vom Räumen oder Nichträumen bei privaten Grundstücken. Ich selbst wohne in einer C-Straße in Reinickendorf. Da räumen alle, aber das Problem war, dass die, die am besten geräumt hatten, den glattesten Weg hatten, weil, wenn der Eisregen auf die glatte Fläche kam, es wesentlich glatter war, als wenn man noch über Schnee gegangen ist, wo es geharscht oder geknackt hat, aber eben nicht ganz so glatt. Deshalb denke ich mal, dass das Aufbringen von Auftaumitteln auf Gehwegen eine wichtige Frage ist. Hat sich die BSR denn mal mit alternativen Taumitteln beschäftigt? Ist das eine Alternative, die geht, oder haben Sie da Ideen, was man verwenden kann, damit man auf der einen Seite Gehwege oder andere Wege aufgetaut bekommt, ohne dass man die Umwelt dabei zu sehr schädigt? Dann hätte ich von Ihnen gerne noch eine klare Aussage hier im Ausschuss: Wenn die BSR das alles übernehmen sollte, wie das von den Kollegen der Grünen

gefordert wird, sehen Sie sich dazu in der Lage, oder ist das finanziell aufgrund des Grundaufwandes, den man treiben muss, so hoch, dass es im Endeffekt andere Wege geben muss?

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Dr. Kollatz, Sie haben das Wort, bitte schön!

Dr. Matthias Kollatz (SPD): Danke schön! – Ich wollte mich noch mal dem Dank anschließen. Wir führen jetzt hier verschiedene Diskussionen, wenn man so will. Die BSR kann, glaube ich, mit gutem Anlass auch wirklich stolz darauf sein, was insbesondere beim Fahren auf den Straßen geklappt hat. Das ist auch dargestellt worden. Das ist auch, glaube ich, nach meiner Wahrnehmung im Bundesvergleich in der oberen Rubrik und sicherlich ein Anlass, wo man sagen kann, da ist vieles richtig gemacht worden. Darauf kann man auch in der Zukunft gut aufbauen.

Mich würde noch mal interessieren: Bei der BSR kam von Ihnen, Herr Brand, so ein bisschen die Anmerkung, es gibt ein paar Sachen, die außerhalb vom Straßenbereich nicht so gut geklappt haben. Mich interessiert gar nicht so sehr, was das im Detail ist, aber mich interessiert, was Ihre Anregung wäre, was man da besser machen kann. Deswegen sind wir eigentlich heute hier.

Zu dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen: Das kann nicht die Lösung sein. Deswegen gibt es dann auch den Antrag, der einen ausführlichen Bericht anfordert. Aber diese Gesetzesänderung soll im Prinzip bestimmte Notlösungen bereitstellen. Es ist ja jetzt schon viel gesagt worden, dass natürlich jeder Winter auch ein bisschen anders sein kann. Leute, die so alt sind wie ich, erinnern sich noch an Winter, wo der Diesel geflockt hat und wir bei minus 24 Grad waren. Dagegen ist das jetzt gar nicht so besonders aufregend mit den Temperaturen. Aber die Besonderheit kam eben durch das Zusammenwirken von den Temperaturen mit der Glätte. Da ist es jetzt erst mal so, wenn die Fachverwaltung – und das hat sie nun gesagt – glaubt, dass das Thema der Hamburger Ausnahmeregelungen in Sachen Tausalz hilft, dann ist es, glaube ich, sinnvoll, das erst mal auch als Notlösung bereitzustellen.

Aber die Frage ist eigentlich auch, was darüber hinaus erforderlich ist. Da ist es dann schon wichtig, würde mich jetzt noch vom Senat interessieren – Sie, Herr Herz, haben dargestellt, dass es auch jetzt ein grundsätzlich funktionierendes System gibt –, wie auf das teilweise Nichtfunktionieren reagiert worden ist. Wenn man sich das sozusagen in Wochenscheiben unterteilt denkt: Was hat in den Wochenscheiben, bevor die Allgemeinverfügung gemacht worden ist und es dann eine Kraftanstrengung gab, mit dem Regelmechanismus, wie wir ihn bisher haben, stattgefunden? Da kommt es schon auf die Zahlen an. Es wäre wichtig, dass Sie das vielleicht noch mal sagen, denn wenn es so wäre, dass es jede Menge Reaktionen gegeben hat und dann nur die Umsetzung nicht stattgefunden hat, weil die Leute die Bußgelder zu niedrig fanden, ist das was anderes, als wenn es überhaupt keine oder viel zu wenige Aktivitäten gegeben hat in einer Situation von offensichtlich fehlender Aktivität im öffentlichen wie im privaten Bereich oder, wenn Sie es andersherum haben wollen, im privaten wie im öffentlichen Bereich.

Was auch klar ist, ist – das hat die BSR auch gesagt –: Die BSR wird nicht alles machen können. Was gibt es aber an Möglichkeiten? Das wäre dann die Frage an die BSR und an die Verwaltung. Was gibt es aus Ihrer Sicht an Möglichkeiten, wenn Ersatzvornahmen erforderlich sind, diese auch tatsächlich umzusetzen? Vielleicht können Sie das auch quantifizieren

anhand dessen, was es in diesen Wochenscheiben an Ersatzvornahmen und Umsetzungen gegeben hat. – Danke schön!

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Kollege Förster, bitte schön, Sie haben das Wort!

Christopher Förster (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Wiedenhaupt! Ich bin mir sehr sicher, dass ich keinen Quatsch erzählt habe. Deswegen möchte ich das zurückweisen, was Sie bei mir zurückzuweisen versucht haben. Ich habe einfach mal geguckt, wie die Winter in den letzten Jahren gewesen sind. Wir haben in diesem Januar mindestens 17 Tage mit geschlossener Schneedecke gehabt. Sie haben selbst zugegeben, dass wir extremen Eisregen hatten. All das hatten wir in den letzten fünf Jahren nicht. Wir haben davor vielleicht ein bis maximal fünf Schneetage im Januar gehabt. Das sind die Winter – und das werde ich gleich die BSR noch mal fragen –, auf die sich, glaube ich, viele eingestellt haben. Wir hatten in den letzten Jahren wirklich sehr milde Winter, und das hat auch was mit Klimawandel zu tun. Ich höre von meinen Kollegen aus dem Umweltausschuss, dass Ihre Partei da Schwierigkeiten hat, das anzuerkennen, aber wir haben halt den Klimawandel, und wir haben das in den Wintermonaten in Berlin sehr zu spüren bekommen. Dieses Jahr ist es anders gewesen, und ja, vieles hat nicht funktioniert, und das müssen wir daher aufarbeiten.

Herr Koller, Herr Brand, mich würden einige Fragen interessieren: Können Sie mal vielleicht beschreiben, wer bei Ihnen in der BSR über die Menge von Streusalz entscheidet, die Sie vorzuhalten haben, über Split? Wer entscheidet, wie viele Personen Sie in Wintern einplanen, wie die Schichten geschrieben werden? Ist das schon vorher festgelegt? Können Sie da dynamisch agieren? Wie viele Fahrzeuge haben Sie überhaupt im Einsatz? Wenn Sie feststellen, Sie brauchen mehr, bekommen Sie die kurzfristig anderswoher? Können Sie einfach mal skizzieren, wie Sie sich in der BSR auf so einen Winter vorbereiten und wie kurzfristig Sie aufstocken können? Wir haben ja in diesem Winter gemerkt, dass Sie da deutlich aktiver werden müssen.

Mich würde auch interessieren, wie aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit mit privaten Anbietern funktioniert hat. Soweit ich weiß, haben Sie nicht alle Aufträge, die man Ihnen gegeben hat, als BSR abgearbeitet, sondern Sie haben auch mit privaten Anbietern gearbeitet. Da gibt es unterschiedliche Aussagen, dass einige Anbieter eventuell in Insolvenz gegangen sind. Können Sie uns vielleicht Auskunft geben, wie Ihre Erfahrungen in diesem Winter gewesen sind und woran das eventuell liegen kann? Zuletzt die Frage: Wie können wir – als Berliner Abgeordnetenhaus, als Landespolitik – Sie noch unterstützen? Was wünschen Sie sich denn von uns, ich sage mal, wenn Sie jetzt Wünsche frei hätten, was sollen wir beschließen, was sollen wir machen, um Sie in Zukunft einfach noch besser darauf vorzubereiten? – Danke!

Vorsitzender Lars Bocian: Als Nächster hat der Kollege Schenker das Wort.

Niklas Schenker (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe mich auch schon bei der BSR bedankt, bei Ihnen. Das kann man nicht häufig genug sagen. Ich hoffe, dass das tatsächlich auch ankommt. Ich möchte auch gerne noch mal damit anfangen, Ihnen ein paar Fragen zu stellen. Sie kennen auch die Debatte und den Antrag und so weiter, dass die BSR mehr Verantwortung bekommen soll bei diesen – ob es nun besondere Wetterereignisse sind oder nicht –, aber auf jeden Fall bei diesem Eischaos, kann man, glaube ich, schon tatsächlich sagen. Haben Sie darüber intern gesprochen? Können Sie was dazu sagen, welche Kosten bei Ihnen entstehen würden und welcher Kapazitätsaufbau gewissermaßen nötig wäre, also wie viel Personal mehr sozusagen brauchte man? Lohnt sich das überhaupt? Hoffen wir mal, so eine krasse Glätte passiert nicht jedes Jahr! Deswegen fände ich interessant, das von Ihnen ein Stück weit zu erfahren, auch die Erfahrung, das soll jetzt gar nicht naiv klingen, aber: War das aus Ihrer Sicht ein besonderes Ereignis oder nicht so besonders, gerade auch im Hinblick darauf, dass so schlecht und so wenig geräumt wurde? Das fanden doch viele Berlinerinnen und Berliner sehr auffällig.

Nun bin ich und meine Fraktion nicht dafür bekannt, dass wir besonders nachgiebig mit Vermietern in Berlin wären, aber trotzdem hat man die eine oder andere Rückmeldung bekommen, dass es tatsächlich nicht ganz einfach war, Handwerkerfirmen, die eigentlich verpflichtet waren, dann auch zu bekommen. Haben Sie dazu eine Einschätzung? Können Sie etwas dazu sagen, woran das liegt? Geht es da auch um einen Kapazitätsabbau, der vielleicht in den letzten Jahren stattgefunden hat, oder in welche Richtung müsste man darüber nachdenken?

Dann an den Senat: Eigentlich müsste man fragen, was da los war. Wenn man das ein bisschen konkreter fassen will, also die Kritik habe ich gerade schon gesagt, schon eingebracht mit dieser Allgemeinverfügung, wie das gelaufen ist. Ich meine, Herr Wegner hat sich hingestellt und sich in seiner Neujahrsansprache dafür gelobt, wie sicher und stabil Berlin aufgrund seiner Arbeit sei, und wenige Tage danach eigentlich das Gegenteil, erst mit dem Stromausfall und jetzt mit einer wegen handwerklicher Fehler vom Gericht gekippten Allgemeinverfügung. Das ist einigermaßen peinlich, aber das werden Sie selbst wahrscheinlich auch so bewerten. Ich will trotzdem noch mal fragen, ich weiß nicht, ob Sie es vorhin schon gesagt hatten, aber: Haben Sie schon eine Übersicht, wie viele Ersatzvornahmen und Bußgelder es jetzt tatsächlich gegeben hat? Können Sie einmal was dazu sagen, wie sich das eigentlich mit den Kosten verhält? Also wenn jetzt ein Eigentümer seinen Streupflichten nicht nachgekommen ist, obwohl Mieterinnen und Mieter in der Betriebskostenabrechnung einen Winterdienst bezahlen, der dann vielleicht – – Also es stellt sich ja dann die Frage, und für Mieterinnen und Mieter ist das schwer nachvollziehbar, ob die Handwerksfirma die Leistung nicht abgerufen hat, die aber vom Vermieter eigentlich bezahlt wird, oder ob der Vermieter zwar eine Leistung abgebucht, aber tatsächlich gar nichts beauftragt hat. Trotzdem einmal die Frage, vielleicht können Sie was dazu sagen, wenn nun Eigentümer zum Beispiel Bußgeldbescheide wegen OWi-Verfahren in den nächsten Wochen noch zugeschickt bekommen. Die Kosten bleiben dann aber beim Grundstückseigentümer und können nicht auch bei den Mieterinnen und Mietern abgeladen werden, richtig?

Dann auch die Frage: Welche Überlegungen hat es denn mal gegeben? Ich meine, die landeseigenen Wohnungsunternehmen besitzen in Berlin schon immerhin fast 25 Prozent aller Wohnungen. Jetzt wissen wir, dass es auch dort nicht gut geklappt hat. Ich weiß, Sie sind jetzt nicht die richtige Fachverwaltung dafür, aber vielleicht haben Sie sich trotzdem darüber Gedanken gemacht, wie man künftig mit den LWU ins Gespräch kommen könnte, wenn das hier

so ganz eindeutig nicht funktioniert und auch bei denen sozusagen teilweise schlecht funktioniert hat.

Ansonsten haben wir einen Antrag vorgelegt, der also an jeder Stelle gar nicht ganz weit weg, glaube ich, von dem ist, was die Koalition hier sozusagen beantragt. Wir finden erst mal drei Punkte vor allem wichtig. Der Erste ist, dass wir –

Vorsitzender Lars Bocian: Sie müssten langsam zum Schluss kommen!

Niklas Schenker (LINKE): Na gut, dann beeile ich mich! – die Bußgelder für die Verletzung der Streupflicht wirklich noch mal deutlich anheben, 50 000 Euro, so wie in der Hansestadt Hamburg. Das finden wir absolut richtig. Mehr Ersatzvornahmen und vor allem eine bessere Möglichkeit, digital was zu melden. Das haben Sie jetzt schon ausgeführt, dass beim Ordnungsamt schon so viel aufgelaufen ist, und trotzdem muss es ja irgendeinen Ort geben, wo sich Mieterinnen und Mieter, wenn sie eindeutig sehen, dass das nicht funktioniert, melden können. Eine in Ausnahmefällen begrenzte und begründete Streusalzfreigabe und drittens vor allem, dass man sich noch mal genauer damit auseinandersetzt, inwiefern eine Neuorganisation des Winterdienstes nach Regionen, wie es der FUSS e. V. vorgeschlagen hat, stattfinden könnte. Auch da würde mich noch die Einschätzung des Senats, wenn es die gibt, zu diesem Vorschlag interessieren.

Vorsitzender Lars Bocian: Auch für die Kollegen aus dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz: Wir haben hier eine Redezeitbegrenzung von drei Minuten. Ich wollte es bloß erwähnt haben, damit Sie das wissen. Sie haben sich beide gemeldet. – Dann haben wir jetzt den Kollegen Schaal als Nächsten. – Bitte schön!

Lucas Schaal (CDU): Vielen Dank! – Ich will mal beim Kollegen Schenker anknüpfen. Sie haben jetzt stakkatoartig eine Abrechnung mit der Regierungspolitik von Kai Wegner gemacht und haben dabei mal ganz lapidar am 11. Februar Ihre Spezialdisziplin Geschichtsklitterung wieder ausgepackt und nur von einem „Stromausfall“ gesprochen. Was wir in Berlin Anfang des Jahres hatten, das war ein linksextremistischer Terroranschlag, und das muss auch klar benannt werden. Dass Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, na ja, da war ein Stromausfall, und Herr Wegner hat das irgendwie schlecht gemacht, das ist Geschichtsklitterung. Das ist einfach unredlich und wird auch dieser Debatte und der Problem- und Gefährdungslage, die wir in dieser Stadt haben, nicht gerecht. Das will ich zu Ihnen mal gesagt haben.

Zu den Grünen komme ich auch noch, nämlich zu dem Antrag, den Sie gestellt haben. Das hört sich ja immer von Ihrer Zielformulierung toll an, das müsse jetzt mal den Profis überlassen werden, ich gehe aber davon aus, dass die Räumspflicht auf den 12 000 Kilometern Gehwegen weiterhin ab 7 Uhr besteht, das heißt, wenn wir Ereignisse haben, wie wir sie in der letzten Zeit beobachten können, dass nachts um vier oder fünf ein Eisregen einsetzt, dann sollen trotzdem weiter um 7 Uhr oder möglichst nah dran alle Gehwege geräumt sein. Daher mal die Frage in Richtung BSR: Wie viele Mitarbeiter müssten Sie in einer Telefonzentrale vorhalten, damit Sie um 7.05 Uhr alle Anrufe von den Anwohnern der 12 000 Kilometer Gehwege entgegennehmen können, die sich darüber beschweren, dass um 7.05 Uhr ausgerechnet bei ihnen vor der Tür noch nicht geräumt ist? Zeigt nicht dieses Beispiel, das definitiv passieren wird, dass das ein augenwischer Vorschlag ist, den Sie hier gemacht haben, dass man das alles zentralisieren können muss? Wir müssen als Staat auch so ehrlich sein, den

Menschen zu sagen, was nicht geht. Was nicht geht, ist, Eisregen um 5 Uhr und um 7 Uhr haben wir staatlicherseits dafür gesorgt, dass alles nicht mehr glatt ist, sondern überall geräumt worden ist. Wir müssen den Menschen in unserer Stadt schon sagen, dass, wenn es einen Eisregen gibt, sie auch dafür verantwortlich sind, bei sich vor der Tür etwas zu tun. Natürlich, na klar, die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, darüber müssen wir reden. Wir müssen auch über die großen Hausverwaltungen reden. Da haben sich viele sicherlich auf Dienstleister verlassen, die am Ende unzuverlässig sind oder unzuverlässig waren oder überlastet waren. Dieses Thema hat sicherlich viele Schattierungen, aber es muss eben auch klar sein, und das funktioniert auch an manchen Stellen in der Stadt ganz gut, dass da vor der Tür eine Räumspflicht einfach für die Privatpersonen besteht und dass wir staatlicherseits nicht diese Kapazitäten vorhalten können, um 7.10 Uhr die ganze Stadt geräumt zu haben. Das ist schon etwas, jetzt läuft mir die Zeit weg, das ich hier einfach mal zur realistischen Einordnung gesagt haben möchte. Natürlich würde mich trotzdem die Frage interessieren, wie viele Mitarbeiter Sie für die Telefonzentrale vorhalten müssten.

Vorsitzender Lars Bocian: Dann hat jetzt der Kollege Bertram das Wort. – Bitte schön!

Alexander Bertram (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich natürlich auch noch mal dem Dank an die BSR anschließen. Also die Straßen waren nach meinem Eindruck ja wirklich geradezu perfekt geräumt, was irgendwo auch zu der absurden Situation geführt hat, dass die Fußgänger teilweise auf die Straßen ausgewichen sind, weil sie dort sehr gut gehen konnten und die Gehwege eben nicht geräumt waren, um überhaupt sicher von A nach B zu kommen. Da sieht man ja, wie gut die Straßen an der Stelle auch geräumt waren und dass Sie einen sehr guten Job gemacht haben.

Ich habe auch noch eine Frage, die sich genau an diese Personalfragen anschließt, und da geht es mir um die Flexibilität der Personalplanung, gerade in Fragen des Winterdienstes. Also findet dort irgendwie saisonal oder über Dienstleister ein Aufwuchs der Kräfte statt? Was ist genau dafür nötig? Die Frage wurde schon gestellt. Jetzt es so, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen ja auch eine Aufgabenübernahme durch die BSR vorsieht. Da würde mich auch an der Stelle interessieren, wie Sie das Personal dort irgendwie beziffern, das dafür notwendig wäre, wenn man in solche Situationen kommt, und vor allen Dingen auch, wie dieser Personalaufwuchs vonstattengehen soll, und in dem Sinne auch, wenn jetzt keine so außergewöhnliche Situation ist, was das Personal dann außerhalb davon macht. Ich meine, die BSR hat genug Aufgaben. Ich freue mich immer über Personalaufwuchs bei der BSR. Ich fordere das auch regelmäßig hier im Plenum. Aber da würde mich einfach interessieren, wie die Personalplanung jetzt in diesen extremen Winterphasen funktioniert.

Dann habe ich noch zwei Fragen an den Senat. Vielleicht können Sie uns noch kurz erhellen, wie das genau mit der Allgemeinverfügung gelaufen ist, denn offenkundig war der Senat zumindest zu Beginn der Auffassung, dass so eine Allgemeinverfügung nicht ohne Weiteres möglich ist, sonst hätte die zuständige Senatorin uns als Abgeordnetenhaus nicht aufgefordert, eine entsprechende Rechtsgrundlage zu erlassen, bis zu dem Punkt, wo der Regierende Bürgermeister die Senatorin zumindest laut Pressemitteilung angewiesen hat, so eine Allgemeinverfügung zu erlassen. Da würde mich sehr genau interessieren, wie das exakt gelaufen ist.

Dann eine Sache, die mich doch immer wieder erreicht hat, das war das Unverständnis der Bürgerinnen und Bürger, die eben teilweise auch Bußgelder zahlen mussten, natürlich auch zu

Recht, wenn sie ihren Räumpflichten nicht nachgekommen sind, aber gleichzeitig mitbekommen haben, dass gerade die Bezirke, wo die Ordnungsämter tätig geworden sind, vor den eigenen Liegenschaften den Räumpflichten nicht nachgekommen sind. Ich denke da auch an meinen eigenen Bezirk Treptow-Köpenick, wo es teilweise zu solchen seltsamen Situationen gekommen ist. Da würde mich doch interessieren – Sie werden die Berichterstattung dazu auch gelesen haben –: War das Thema in den entsprechenden Koordinierungsrunden, und wie wurde das zwischen Senat und Bezirken entsprechend besprochen? – Danke schön!

Vorsitzender Lars Bocian: Jetzt hat die Kollegin Hassepaß das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Oda Hassepaß (GRÜNE): Vielen Dank! – Erst mal zu Ihnen, Herr Schaal, das wundert mich jetzt doch sehr, weil es in Ihrem eigenen Gesetzentwurf steht: Sie sagen ja, im Falle, dass die Eigentümer ihrer Pflicht nicht nachkommen, kann das gesamte Paket an die BSR übergeben werden, also der gesamte Winterdienst. Dann ist es aber nicht planbar, sondern dann passiert es ad hoc, also da sind noch gar keine Kapazitäten aufgebaut. Da müssen Sie mir mal erzählen, wie das geht.

Zu pragmatisch, da wäre ich auch noch mal auf der Suche, ich habe es eben schon angedeutet, zu den Bußgeldern, weil die Stadträtinnen und Stadträte gesagt haben, dass es sehr aufwendig war, die Eigentümer herauszufinden, also das war nicht so eine einfache Sache. Und dann würde ich noch mal gerne zu Ihrem Entschließungsantrag eine Frage stellen. Es passt für mich nicht so richtig zusammen, dass Sie auf der einen Seite sagen, es soll ein einheitlicher Standard qualifizierter Winterdienst sein, und auf der anderen Seite sagen Sie aber, die Verantwortung sollen trotzdem die Anrainer tragen. Das geht nicht zusammen, das widerspricht sich.

An die BSR habe ich noch zwei Fragen: Wie stark haben sich denn die Winterressourcen in den letzten Jahren verändert? Also ist dadurch, dass es wärmer geworden ist oder nicht so viele harte Winter gab, auch etwas abgebaut worden, oder ist es sogar aufgebaut worden? Wie ist der Fahrzeugpark? Wurde da auch etwas dazugenommen oder abgebaut? – Sie hatten damals in unserem Gespräch gesagt, dass der Winterdienst auch für Gehwege im Fußverkehrsplan mitbesprochen werden sollte. Wie steht es denn darum? Wurden Sie da schon eingebunden? Ist man im Rahmen des Fußverkehrsplans schon auf Sie zugekommen? – Und noch eine letzte Frage an Sie: Frau Otto hatte im Interview gesagt, dass Salz kein Allheilmittel sei und dass es nur als eine Notlösung in bestimmten Fällen angewandt werden kann. Könnten Sie uns vielleicht noch mal darlegen, in welchen Fällen denn das Salz auf Gehwegen Hilfe bringen würde und wie aus Ihrer Sicht sozusagen mit diesem Vorschlag „Salz als erstes Mittel“ umgegangen werden sollte? – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Bocian: Der Kollege Schopf hat als Nächster das Wort. – Bitte schön!

Tino Schopf (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hoffe, Herr Koller und Herr Brand, Sie haben noch Platz auf Ihrem Zettel. Ich habe aber nur drei Fragen, und zwar würde mich interessieren, ich weiß nicht, inwieweit Sie im Vorfeld die Anträge lesen konnten, es gibt einen Antrag, da greife ich deinen Hinweis noch mal auf, Lucas, der fordert, die BSR zentral mit dem Winterdienst auf allen Wegen zu beauftragen. Mich würde interessieren, was das konkret für Sie bedeuten würde, ganz konkret. Wenn Sie das erfüllen müssten, was hieße

das kostenmäßig, personalmäßig, technisch et cetera pp.? Der Verband FUSS e. V. regt eine Zuständigkeit nach dem Schornsteinfegerprinzip an, da würde mich interessieren, wie Sie, Herr Brand und Herr Koller, das als BSR bewerten und was Sie von einem Schornsteinfegerprinzip halten. Dann sagten Sie, Herr Koller, in Ihrer kurzen Einleitung, na ja, Tausende Tonnen Splitt auf den Berliner Straßen, wir beschäftigen uns bereits gedanklich damit, wie wir damit umgehen. Lassen Sie uns an Ihren Gedanken gern teilhaben! Das würde mich schon interessieren, welche Konzepte, welche Ideen Sie da haben. – Danke!

Vorsitzender Lars Bocian: Jetzt hat der Kollege Lux das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von mir für die Zuladung als umweltpolitischer Sprecher der Grünenfraktion! Ich möchte meinen Wortbeitrag darauf fokussieren und einfach an Sie alle appellieren, es sich bei dem Tausalzeinsatz nicht zu leicht zu machen. Zu Recht ist Tausalz in Berlin seit 1978 absolut verboten. Das war vor Gründung meiner Partei. Wir haben es durch einige Winter – Herr Kollatz hatte es schon angesprochen, ich kann mich auch noch an ein paar erinnern –, die auch ziemlich heftig waren, geschafft, indem wir entsprechende Vorsorge geleistet haben, wo Studierende noch gutes Geld verdienen konnten, weil sie in Workforces in Bereitschaft waren, im Winter gerufen worden sind, dann gekehrt und die Stadt von Schnee und Glätte befreit haben. All das hat man in den letzten Jahren, als man auf das Wetter eine Wette abgelegt und spekuliert hat, eher abgebaut, sowohl die Privaten als auch die Staatlichen. So ist es nun mal in der Krise, wer da nicht vorsorgt, hat gelost, und dieser Senat hat das auch gemacht.

Aber zurück zum Tausalz: Die Einträge, die durch dieses Natriumchlorid entstehen, in die Böden, in den Beton – und Sie sind hier der Mobilitätsausschuss, Sie haben auch etwas mit Infrastruktur zu tun –, aber auch in die Pfoten unserer Vierbeiner in dieser Stadt und sonstiger liebenswerter Tiere sind gefährlich, und das bleibt nicht nur im Winter so, sondern das verzieht sich im Frühjahr in die Wurzeln, es verhärtet die Böden, es bricht den Beton auf. Man schätzt, dass 25 Prozent unserer verrosteten Infrastrukturen in Brücken und so weiter von Tausalzschäden stammen, insbesondere weil auf den Straßen noch Tausalz eingesetzt wird, in vielen Fällen auch effektiv, wenn man jetzt die reine Schneebeseitigung anschaut und nicht die Folgekosten berechnet. Sie kennen unsere marode Infrastruktur.

Jetzt wird uns von Frau Bonde die ganze Zeit ziemlich billig vorgehalten, das macht der grüne Umweltsenator in Hamburg ja auch. Ich darf daran erinnern, dass in Hamburg – erstens – eine grüne Allgemeinverfügung nur gemacht wird, weil so etwas mit höchsten Maßstäben geprüft wird und nicht eine Tausalz-rette-uns-Debatte vom Zaun gebrochen wird. Das ist übrigens auch Ihr Versagen, wie Sie hier Umweltverbände hinter die Fichte geführt haben und aus diesem Senatsversagen die Umweltverbände vorgeschoben und denen den Schwarzen Peter zugeschoben haben. Damit haben Sie sich wirklich, und zwar für alle Zeit, versündigt am Umweltschutz, an unserer Stadtnatur und auch an unserer Infrastruktur in dieser Stadt. Das lassen Sie sich einmal ganz ordentlich gesagt sein, und führen Sie die Debatte ordentlich! So viel darf hier an Spiegelvorhalten auch gemacht werden.

Noch mal zurück zum Punkt: Sie schaffen es also nicht, eine Tausalzdebatte ordentlich zu führen und das auf extreme Ausnahmen zurückzuführen. Das Beispiel mit Hamburg: Hamburg hat 720 Millimeter pro Quadratmeter Niederschlag pro Jahr, Berlin hat im Mittel 500. Die Grundwasserstände in Berlin sind deutlich niedriger und durch die Spree, durch den

Braunkohleausstieg, Klimawandel und so weiter tausendmal mehr unter Druck als das, was in Hamburg passiert. So billig, wie Sie auf Hamburg verwiesen haben – –

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Kollege! Sie müssten dann zum Schluss kommen.

Benedikt Lux (GRÜNE): Ich habe gerade erst angefangen, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Lars Bocian: Nein, die drei Minuten sind schon abgelaufen!

Benedikt Lux (GRÜNE): Gut, alles klar! – Dann müssen Sie mal aufklären, bitte schön, das haben andere hier auch schon gefordert, wie diese Allgemeinverfügung zustande gekommen ist und was der Regierende Bürgermeister in seiner Presseerklärung zum Verwaltungsgerichtsurteil meinte, er hat ja schon lange auf die Rechtsunsicherheiten hingewiesen. Seit wann? Gegenüber wem? – Und eine Frage an die BSR zu Alternativen beziehungsweise schonenderen Mitteln, danach wurde schon mehrfach gefragt, da möchte ich gerne anhängen: Bitte auch für das, was Sie bislang tun, also für die Straßenreinigung! – Danke!

Vorsitzender Lars Bocian: Dann hat Frau Kapek für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Antje Kapek (GRÜNE): Ich fände es auch gut, wenn es mal eine Antwortrunde gäbe. – Herr Schaal ist schon geflohen. Insofern sage ich es mal für alle anderen: Natürlich war der Stromausfall Anfang des Jahres ein linksextremistischer Terroranschlag, den wir alle verurteilen, und trotzdem hat Kai Wegner als Regierender Bürgermeister gezeigt, dass er das Krisenmanagement nicht kann, völlig unabhängig davon, wer diesen Anschlag begangen hat. Fakt ist, dass, nachdem wir alle den Stromausfall verwunden hatten, sofort die Winterglätte kam und wir dann wochenlang miterleben durften, wie auch hier im Ausschuss und im Plenum das Problem ausgesessen wurde. Vor zwei Wochen hat sich Frau Bonde im Plenum nur durch eines hervorgetan, nämlich durch systematische Verantwortungsverweigerung. Sie hat einen Tag später, Freitagnachmittag, wo bekannterweise die Verwaltung meist irgendwann in den Feierabend geht, eine erste Abstimmungsrunde einberufen, aus der eines deutlich wurde: Sie hat überhaupt keinen Plan, keinen Überblick, und es gibt auch überhaupt keinen Koordinierungswillen.

Insofern, glaube ich, muss man sich schon einigermaßen fragen, was dieser Senat eigentlich in diesem Jahr 2026 für das Funktionieren dieser Stadt getan hat. Was hat der Regierende Bürgermeister gemacht? – Hilflloser Tweet, dann eine rechtswidrige Allgemeinverfügung, von der wir von Minute eins wussten, dass sie, egal wer dagegen klagt, nicht Bestand haben wird. Und was macht man als Reflex? – Man schimpft auf den Naturschutzbund, der genau das gemacht hat, was er tun muss, nämlich den Naturschutz verteidigen, statt einmal anzuerkennen, dass wir kein Naturschutz- und auch kein Tausalzproblem haben, sondern ein Senatsproblem. Das einzig Richtige, was man hätte tun müssen, wäre von Anfang an gewesen, und zwar Mitte Januar, sich mit der BSR und den Bezirken zusammzusetzen und zu schauen, wie man das Problem gemeinsam in den Griff bekommt.

Dann mit Verlaub: Was ich ganz besonders interessant finde, ist, dass Sie augenscheinlich Ihren eigenen Antrag gar nicht gelesen haben, werte Kollegen von der Koalition! Sie werfen uns vor, dass wir wollen, dass hier schrittweise eine zentrale Lösung, also ein Winterdienst aus einer Hand von Profis, und das sind BSR und andere Anbieter von Winterdienst, einge-

führt wird. Wenn Sie sich mal Ihren eigenen Antrag anschauen, dann haben Sie in § 10a – Ermächtigungsgrundlage – Absatz 3 stehen, dass der gesamte Winterdienst nach § 3 und § 4 ganz oder teilweise übernommen werden kann. Das heißt, die nach Satz 1 durch das Land zu erbringenden Tätigkeiten obliegen der Berliner Stadtreinigung, und zwar total. Sie beantragen mit Ihrem Änderungsantrag zum Straßenreinigungsgesetz genau das, aber nicht wie wir schrittweise und in einem Gespräch, wie man es finanziert und wie man die Ressourcen dafür aufbaut, sondern ad hoc in dem Moment, wo es nicht funktioniert. Weil Sie das selbst erkannt haben, haben Sie zur Reparatur jetzt schnell noch einen Entschließungsantrag eingebracht, der dann feststellt: Oh, wir müssen dieses Konzept erst mal entwickeln. – Also genau das, was wir seit letztem Jahr fordern! Deshalb finde ich die Kritik an unserem Antrag, nachdem alle mittlerweile in die gleiche Richtung einschwenken, schon ein bisschen vermessen. Ich würde Ihre Antworten auch gerne hören.

Vorsitzender Lars Bocian: Sie haben sich beschwert, dass wir keine Antwortrunde machen. Wir kommen gleich zur Antwortrunde. Sie haben sich gemeldet, deshalb nehme ich jede Wortmeldung ran. Wir ziehen erst die Wortmeldungen durch. Ich habe mich selbst noch auf die Redeliste gesetzt, als letzte Wortmeldung, wie es scheint.

Lars Bocian (CDU): Es geht hier darum, in extremen Fällen den Streusalzeinsatz zu erlauben. Extrem ist, wenn die Menschen nicht mehr aus ihren Wohnungen kommen. Darum geht es. Herr Kollege Lux hat gerade dargestellt, dass das allgemein erlaubt wird. Das wird nicht der Fall sein, sondern nur bei extremen Situationen. Da müssen wir alle dafür sorgen. Die Allgemeinverfügung wird natürlich nur bei extremen Fällen erlassen.

Vorsitzender Lars Bocian: Jetzt hat sich der Kollege Wesener gemeldet. – Bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Keine Sorge, ich habe nur eine Frage, und die richtet sich gar nicht an die BSR – wenn Sie sie beantworten können, toll –, sondern sie geht an den Senat. Ich finde zwei Fragen immer richtig. Die eine Frage ist, ab wann wir unsere landeseigenen Unternehmen überfordern, und die zweite Frage ist, was das Ganze am Ende die Berlinerinnen und Berliner kostet. Man kann tolle Sachen beschließen, aber sie müssen funktionieren, und im besten Fall sind sie nicht mit erheblichen zusätzlichen Belastungen für die Berlinerinnen und Berliner verbunden. Also die Frage ist legitim.

Was ich nicht verstehe, ist, dass die ganze Zeit hier zusätzliche Kosten in den Raum gestellt werden und argumentiert wird nach dem Motto, das ist so teuer. Wir zahlen doch als Berlinerinnen und Berliner für den Winterdienst. In dem Moment, wo Sie Mieterin oder Mieter sind oder ein Eigentümer, der Firmen zwecks dieser Dienstleistung beauftragt, zahlen Sie. Ich habe mir das mal angeguckt, was da für Quadratmeterpreise und Pauschalen aufgerufen werden. Ich kann es nicht hochrechnen, aber ich würde sagen, da ist ordentlich Geld im System, und damit verdienen Leute objektiv Geld, sonst gäbe es diese ganzen privaten Anbieter nicht. Deswegen schon noch die Bitte: Sie machen in Ihrer Entschließung alle möglichen Prüfaufträge, so lese ich sie. Vielleicht können Sie es noch dazunehmen, wenn Sie es nicht ad hoc beantworten können: Was zahlen die Berlinerinnen und Berliner durchschnittlich im Jahr für den Winterdienst? – Ich glaube, dann können wir die Frage, ob das nicht ein interessantes Geschäftsmodell auch für ein landeseigenes Unternehmen ist, insbesondere wenn man es skaliert, wenn man es mit einem Stufenplan verbindet, wenn man seinerseits Dienstleister beauftragt – Auch das, Herr Schaal, haben Sie schlicht und ergreifend entweder nicht verstanden oder nicht lesen wollen. Dann, glaube ich, haben wir eine ganz andere Basis für diese Diskussion. Insofern: Was kostet der Winterdienst jeden und jede von uns und insgesamt? Vielleicht können Sie das beantworten, und wenn nicht, dann bitte prüfen und zu einem späteren Zeitpunkt mit in diese Diskussion einfließen lassen.

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Dr. Kollatz, bitte schön!

Dr. Matthias Kollatz (SPD): Nur um der Aufregung von Frau Kapek ein bisschen abzuhefeln: Der Antrag der Koalitionsfraktionen zu § 10a Ermächtigungsgrundlage unter der dritten Zahl, also dem dritten Absatz, zielt auf eine Restgröße, das heißt, die Restlängen. Nehmen wir mal an, es sind 12 000 Kilometer, und es gibt auf 100 Kilometern eine Renitenz, die partout nichts machen, obwohl man alles andere versucht hat, dann soll da einmarschiert werden. Das ist die Logik. Es geht nicht um etwas anderes, sondern es geht um eine Restgröße. Also beruhigen Sie sich!

Vorsitzender Lars Bocian: Jetzt haben sich die Wortmeldungen erschöpft, und der Senat hat jetzt wieder das Wort. – Bitte schön, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will die Herausforderung mal annehmen und zumindest den Versuch starten, das etwas zu ordnen, sowohl im Inhalt als auch in der mannigfaltigen Zahl der Fragen.

Mehrere Abgeordnete sind auf das Stichwort eingegangen: Zahlen der Bezirke zu Ersatzvorhaben, zu Bußgeldern. Unabhängig davon, dass wir diese Zahlen bisher nicht haben, warum könnten wir sie gar nicht sinnvollerweise jetzt schon haben? – Das Bußgeld ist erheblich nachgelagert. Es ist ja nicht so, dass Sie feststellen, es fällt Schnee. Ein Winterdienstpflichti-

ger kommt seinen Pflichten nicht nach. Als Allererstes denken Sie nicht darüber nach, ich erlasse mal ein Bußgeld – davon haben Sie überhaupt gar nichts, denn der Schnee bleibt auch mit Bußgeld liegen –, sondern als Allererstes fordern Sie ihn auf, dann ordnen Sie die Ersatzvornahme durch einen Dritten an, weil er es selbst nicht tut, und diese Ersatzvornahme wird vorgenommen. Die Kosten für diese Ersatzvornahme stellen Sie ihm in Rechnung und nachgelagert, wenn er seine Pflichten entsprechend den Vorschriften verletzt hat, erlassen Sie ein Bußgeld. Insofern ist das Bußgeld zum jetzigen Zeitpunkt und insbesondere zum Zeitpunkt der Glätte, wenn ich das für mich zumindest so sagen darf, erst mal nachrangig, sicherlich nicht in der Gesamtbetrachtung, wie ich Eigentümer dazu bringe, ihren Pflichten nachzukommen, überhaupt nicht. Aber zu diesem Zeitpunkt ist es erst mal nicht das vorrangig Interessante. Die Zahlen werden wir sicherlich erheben, weil auch das zur Gesamtbetrachtung dazugehört, Schlüsse daraus zu ziehen, ob das Prinzip von Ersatzvornahme und Bußgeldern, so wie ich es gerade dargestellt habe, funktioniert hat oder funktionieren kann oder wo wir nachschärfen müssen.

Frau Kapek! Ich weiß nicht, ob Sie in der Koordinierungsrunde an dem benannten Freitag dabei waren, aber solche Dinge wie kein Plan, kein Überblick –– Einer der Ausflüsse war, dass die Bezirke am Samstag früh in der Lage waren, Splitt bei der BSR abzuholen und überhaupt anzufangen. Ich weiß nicht, ob Sie das als völlig sinnlos betrachten würden. Ich glaube es nicht, unterstelle es Ihnen nicht mal, aber insofern mag sich da jeder sein Urteil erlauben, wie sinnlos das war. Im Gegenteil, an diesem Wochenende sind maßgeblich, das sage ich noch mal ausdrücklich, die Bezirke mit ihren Beschäftigten einfach ins Machen gekommen und haben die Glätte im wahrsten Sinne des Wortes abgestumpft.

Insgesamt erlauben Sie mir, dass ich Ihnen bei all den Überlegungen mal in Erinnerung rufe, dass Sie kürzlich im Rahmen der Verwaltungsreform die Bezirke gestärkt haben. So zumindest habe ich es in großer Zahl derjenigen Regelungen, die wir da gemeinsam und insbesondere Sie als Abgeordnetenhaus in einer großen Übereinstimmung, in einer sehr guten und fast einzigartigen Übereinstimmung, beschlossen haben – – nach meinem Dafürhalten auf den Weg gebracht. Vor allen Dingen haben Sie den Bezirken einen Großteil der Durchführungsaufgaben zugewiesen und uns als Senat völlig zu Recht ins Stammbuch geschrieben, die gesamtstädtische Verantwortung stärker wahrzunehmen. Genau das haben wir getan, in der gesamtstädtischen Verantwortung nicht gegen die Bezirke, sondern mit den Bezirken zusammen einer Situation zu begegnen und Lösungen herbeizuführen. Dass das nicht über Nacht passiert ist, muss ich überhaupt nicht betonen, ich sage es trotzdem gerne, denn so muss es auch nicht wirken, aber dass wir in einem gemeinsamen, wirklich großen Krafteinsatz und einem relativ großflächigen und schnellen Erfolg in unterschiedlichen Dynamiken der Bezirke, das habe ich schon an verschiedenen Stellen gesagt, im weitesten Sinne tatsächlich abstumpfend miteinander unterwegs waren.

Herr Abgeordneter Schenker! Sie sehen mir nach, dass ich keine Mietrechtsberatung vornehme und insbesondere nicht darauf eingehe, was passiert, wenn im Rahmen von Nebenkosten Kosten für Winterdienst oder auch Bußgelder umgelegt wurden, aber ich bin relativ sicher, dass es gerade in dieser Stadt, das wissen wir beide, ausreichend Organisationen gibt, die da Ratschlag geben dürfen. Ich dürfte das nicht, und deswegen lasse ich es. Was ich aber ausdrücklich sagen will: Ich bin gleichzeitig relativ sicher, auch wenn die landeseigenen Wohnungsunternehmen nicht anders als jeder Private in der Pflicht sind, dass man in der Verpflichtung des Landes für seine Wohnungsbauunternehmen mit Sicherheit auch mit denen

noch mal anders ins Gespräch gehen wird, aber auch da, das gilt für jeden der privaten Grundstückseigentümer, der einen Winterdienst beauftragt hat, um seiner Pflicht sogar nachzukommen, müssen wir schlicht feststellen – Das müssen wir auch mit beleuchten: Wie schaffen wir es eigentlich, dass Winterdienste, die einen Auftrag annehmen, ihn so ausführen – Dass sie überall bis 7 Uhr gewesen sein können, ist realitätsfern, und wir wissen alle, dass jeder, der den Winterdienst selbst durchführt, manchmal erst um 7.30 Uhr oder 8 Uhr so weit ist, aber das Entscheidende bleibt, dass er die Glätte bekämpft und den Schnee rechtzeitig beseitigt. Ich gebe zu, aus meiner Kindheit kenne ich das gar nicht anders, und die meisten von Ihnen wahrscheinlich auch.

Das bringt mich aber dazu, noch mal den Zustand sowohl vor öffentlichen Gebäuden als auch die Kosten insgesamt zu beleuchten. Was der Abgeordnete Wesener gefragt hat: Wieso eigentlich zusätzliche Kosten? – Ich weiß nicht, ob Sie davon ausgehen, dass bisher 100 Prozent der Grundstückseigentümer im Land Berlin oder auch ganz generell einen privaten Winterdienst beauftragt haben. Das ist, glaube ich, mitnichten so, sodass es schon damit anfängt, dass die, die bisher ihrer Pflicht selbst nachkommen – Das sind nicht wenige. Ich würde nicht mal ausschließen, aber auch darüber haben wir selbstverständlich keine Erhebungen – Selbst bei Mietgebäuden, also Mehrfamilienhäusern, gibt es das Instrument, dass teilweise Hausmeisterpflichten von Mietern übernommen werden. – [Zuruf von Daniel Wesener (GRÜNE)]

Vorsitzender Lars Bocian: Bitte keine Zwiegespräche im Raum!

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU): Ich versuche, Ihnen auf Ihre Frage zu antworten, Herr Abgeordneter Wesener, und die Frage lautete: Wieso zusätzliche Kosten? – [Zuruf von Daniel Wesener (GRÜNE)] – Wenn Sie Kenntnis haben, dass 100 Prozent des Landes Berlin mit privaten Winterdiensten den Winterdienst erledigen – [Zuruf von Daniel Wesener (GRÜNE)] –, dann wäre das in der Tat keine Frage. Ich kann Ihnen allein in meinem eigenen Umfeld Menschen nennen, die es selbst vollführen, und insofern sind die Kosten – [Zuruf von Daniel Wesener (GRÜNE)] –

Vorsitzender Lars Bocian: Wir arbeiten hier mit Wortmeldungen, und jetzt hat der Staatssekretär das Wort. – Bitte schön, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU): – natürlich nicht einfach eins zu eins hochzurechnen. Wenn die BSR alles erledigen soll, dann wäre das ein ganz anderes Szenario.

Was die Berliner durchschnittlich für den Winterdienst zahlen, wissen wir logischerweise nicht, und es fällt mir schwer, mir vorzustellen, wie wir es erheben sollen, weil wir in völlig unterschiedlicher Art und Weise übrigens auch der Grundstücke – Wenn Sie einen privaten Winterdienst haben sollten oder im Rahmen, keine Ahnung, ob Sie zur Miete oder im Eigentum wohnen, das in Ihren Nebenkosten haben, dann werden Sie feststellen, dass es einen Unterschied gibt zwischen verschiedenen Wegen, nämlich dem rein öffentlichen Weg, der in der Regel maschinell gereinigt werden kann, und anderen Wegen, insbesondere auf Grundstücken, die per Handreinigung – Wir haben allein da Unterschiede, die einen Durchschnitt, glaube ich, kaum möglich machen, vor allen Dingen bei der Vielzahl von privaten Unternehmen, die es gibt. Auch darauf habe ich vorhin hingewiesen, dass es, wenn es die BSR macht,

schlicht Gebührenerhöhungen nach sich zieht, die mindestens zu 75 Prozent die Eigentümer und irgendwann auch die Mieter und Gewerbetreibenden tragen müssen.

Zur Allgemeinverfügung will ich nur insofern sagen, dass ich hier schon angemerkt hatte, dass Senatorin Bonde Mitte Januar grundsätzlich eine gesetzliche Grundlage haben wollte und in den Tagen, insbesondere am 30. Januar, haben uns sowohl die Berliner Feuerwehr als auch, ich meine, mich zu erinnern, die Krankenhausgesellschaft darauf hinweisen können, dass die Anzahl der Verletzten, und damit deswegen in beiderlei Betroffenheit, so erheblich hochgeschneit ist und die Glättesituation sich erheblich verändert hat, dass sie im Rahmen des Straßenreinigungsgesetzes, wo bei Fahrbahnen von extremer Glätte gesprochen wird, wir bei Gehwegen wiederum eine solche Regelung in gar keiner Weise haben, diese Allgemeinverfügung erlassen hat, um ins Handeln zu kommen und einen Einsatz von Streusalz zu ermöglichen.

Dann lassen Sie mich nur, weil ich nicht weiß – vielleicht ist das in anderen Ausschüssen anders –, ob wir uns tatsächlich in dieser Form hier miteinander unterhalten wollen – – Ich kann mich nicht erinnern, dass meine Senatsverwaltung, weder meine Senatorin noch ich noch wir insgesamt den Umweltverbänden einen Schwarzen Peter zugeschoben hätten, denn völlig natürlich in diesem Rechtsstaat ist, dass all das staatliche Handeln von der dritten Gewalt, nämlich den Gerichten, überprüft wird. Das ist passiert, und die Gerichte haben einen sehr klaren Aufschlag gemacht. Sich darüber zu ärgern, wäre in einem Rechtsstaat eher merkwürdig. Insofern haben wir das absolut zur Kenntnis genommen, und dann weiß ich nicht, ob man diesen Sprachgebrauch mit Schwarzem Peter und Ähnlichem überhaupt in die Welt tragen will.

Aber was ich schon noch zu Hamburg sagen will, denn eine Verklärung müssen wir hier nicht vornehmen: Hamburg hat zunächst für 14 Tage und jetzt für weitere 14 Tage genau das Instrument genutzt, das die Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag jetzt einführen wollen. Insofern weiß ich nicht, warum man so tun muss, als ob Hamburg eine völlig andere Welt wäre, das es über einen Zeitraum von, wenn ich mich tatsächlich richtig erinnere, insgesamt vier Wochen zulässt, und es in Berlin wahres Teufelszeug ist – da weiß ich jetzt nicht, ob es der Abgeordnete Kollatz oder der Abgeordnete Schopf war – in einer, das haben Sie betont, Ausnahmesituation, also nicht leichtfertig, sondern dann, wenn wir feststellen, wir sollten ein weiteres Mittel zur Glättebekämpfung nutzen. – Ich hoffe, dass ich auf die meisten oder alle Aspekte eingegangen bin, und bin gespannt auf das, was die BSR noch hinzufügt.

Vorsitzender Lars Bocian: Das ist das Stichwort, und ich würde Herrn Koller gern gleich das Wort zur Beantwortung geben. Sie haben sich bestimmt viel notiert. – Bitte schön!

Axel Koller (BSR): Vielen Dank! – Ich weiß nicht, ob ich das in drei Minuten schaffe. Das möchte ich vorab sagen.

Vorsitzender Lars Bocian: Sie haben deutlich mehr als drei Minuten. Versuchen Sie, alle Fragen zu beantworten! Wir nehmen uns die Zeit. Unsere Tagesordnung schaffen wir sowieso nicht mehr.

Axel Koller (BSR): Wir werden es versuchen. Herr Brand und ich werden abwechselnd antworten, will ich nur vorwegschicken, dass nicht einer von uns die ganze Zeit erzählt. – Ich

will noch mal darauf zurückkommen: Es gab verschiedentlich Äußerungen. Ich habe gehört, das war ein ganz normaler Winter. Ich habe von anderen gehört, der Winter war ganz anders als andere. Ich kann nur sagen, nach unseren Aufzeichnungen, die wir bei der BSR haben, war das seit 2010, und das war ein sehr harter Winter, der zweitschwerste Winter. Seitdem hatten wir so ein Ereignis in dieser Massivität nicht mehr.

Es gab die Frage: Wie ist denn das bei der BSR mit den Ressourcen? – Die kann ich insofern beantworten, dass wir seit 2010 entsprechend Ressourcen vorhalten, denn wenn wir das nicht getan, sondern abgebaut hätten, wie hier auch gefragt wurde, dann hätten wir es niemals geschafft, das, was uns oblag, überhaupt so zu erledigen. Nur weil wir die entsprechenden Vorhaltungen haben, konnten wir den Winterdienst so leisten, wie wir ihn leisten. Wir machen nicht nur Straße, wir machen noch 6 300 Bushaltestellen, wir machen fast 14 Prozent der Gehwege und Plätze. Das ist ja auch nicht wenig. Das machen wir allerdings mit Fremddienstleistern. Machen konnten wir es nur, weil wir die entsprechende Vorhaltung haben. Wir wären niemals in der Lage gewesen, ad hoc nach dem zweiten Eisregen zu reagieren, um dafür zu sorgen, dass das Straßennetz befahrbar ist. Das ist schlicht unmöglich.

Zu den Fremddienstleistern kamen verschiedene Fragen. Da ist es so, dass wir die Stadt für diese 14 Prozent der Fremddienstleistungen, da sind die Bushaltestellen dabei, Straßen ohne Anlieger, Gehwege an Grünanlagen et cetera, in 23 Lose eingeteilt haben. Wir haben uns an den alten Bezirken, dies es mal gab, orientiert, um für die Dienstleister, die wir haben, die Fahrtwege möglichst gering zu halten. Es gibt insgesamt fast 55 000 Objekte, die von den Fremddienstleistern zu bearbeiten sind. Wir haben elf Dienstleister im Auftrag. Wenn man sich die Namensliste anguckt und guckt, wen die Deutsche Bahn, die BVG und andere Große in Berlin für ihre Flächen im Winterdienst haben, werden sich gewisse Doppelungen finden, das ist klar. Der Markt ist relativ klein, und auch diese Dienstleister haben natürlich eine bestimmte Vorhaltung von Personal und Technik, die, das haben alle beobachten können, im Übrigen auch wir, in diesem Winter nicht ausreichend war. Wir haben es immerhin geschafft, im Winterdienst von den 55 000 Objekten über 26 000 zu kontrollieren. Das heißt, da sind Mitarbeitende losgefahren und haben wirklich die einzelnen Orte, Bushaltestellen, Gehwegbereiche et cetera, kontrolliert und haben eine Schlechtleistung von über 30 Prozent festgestellt. Dann gab es eine entsprechende Nachmeldfrist, da mussten die nachleisten. Das konnten wir tun. Das schaffen aber auch nicht alle, es so zu machen wie wir. Aber eines ist klar: Die Winterdienstfremdfirmen, die wir hatten, die privaten Dienstleister, waren nicht so auf dieses Ereignis vorbereitet. Das hat man aber auch in der ganzen Stadt gesehen, dass das so ist. – So weit mal zum Thema Dienstleister, was grundsätzlich Leistung war, wo wir unsere Probleme hatten und wie wir vorhalten, dass wir leistungsfähig sind. – Sind die Fragen aus diesem Segment so weit beantwortet? – Okay!

Zum Thema Auftaumittel: Das ist eine Diskussion, die uns jedes Jahr im Winter erreicht, und glauben Sie mir, nicht nur uns, sondern bundesweit. Dazu würde ich jetzt gerne an Herrn Brand übergeben, der mal etwas zu alternativen Auftaumitteln et cetera und bundesweiten Erfahrungen sagen kann.

Lars Bocian (CDU): Herr Brand, bitte schön!

Sebastian Brand (BSR): Danke schön! – Ich bin auch seit zehn Jahren im Fachausschuss Winterdienst vom VKU. Da gibt es eine Arbeitsgruppe für ganz Deutschland. Da ist auch

Österreich oder Luxemburg vertreten, und wir geben Fachpapiere heraus, Hinweispapiere, die dann an auch die Baulasträger in ganz Deutschland, an die Autobahn GmbH und so weiter gehen. Die BASt ist beteiligt, also ein Expertenkreis. Da bin ich seit zehn Jahren Mitglied und gebe auch diese Hinweispapiere mit heraus.

Noch mal zu dem Thema, anschließend an Herrn Koller, Winterdienstanliegerpflicht: Es ist in erster Linie kein Kosten-, sondern ein Ressourcenthema. Deswegen ist es bundesweit überall so geregelt, dass es die Anliegerpflicht gibt, denn das sind diejenigen, die zuerst vor Ort sind, die das zuerst machen können bis 7 Uhr. Wie Sie schon gesagt haben, wir würden die Leute nicht in die Telefonzentrale setzen. Die Leute müssen vor Ort sein und nicht irgendwo in der Zentrale. Die müssen da sein, und das kann der Anlieger am besten. Ich persönlich mache es auch selbst. Nur mal dazu! Das ist bundesweit keine Einmaligkeit in Berlin, dass es die Anlieger sind, sondern es ist die Regel. Das ist in anderen Städten in Satzungen geregelt. Bei uns gibt es ein Gesetz.

Dann zum Thema Tausalz: Auch da sind wir über den Fachausschuss – – Das ist eben nicht wie 1978. Es wird kein Trockensalz mehr gestreut. Trockensalz ist 100 Prozent Salz. Sie haben gefragt, wie viel wir denn so ausbringen. Im Berliner Straßenreinigungsgesetz ist geregelt, dass es maximal 25 Gramm pro Quadratmeter in solchen Glättesituationen sind. Wir bringen 25 Gramm Streustoff aus und nicht 25 Gramm Salz. Früher, 1978, hat man Trockensalz gestreut. Das waren dann 25 Gramm Salz. Wir verwenden FS30. Was man sich da merken kann: FS heißt Feuchtsalz. 30 ist immer die erste Zahl. Die gibt den Anteil von Sole an. Sole ist eine 21-prozentige Salzgehaltmischung von Wasser. Also ich habe 79 Prozent Wasser, 21 Prozent Salz. – [Zuruf: Natrium?] – Natrium ist das Salz. Bei uns in Berlin arbeiten wir noch mit Kalziumchlorid, aber wir sind in der Umstellung auf Natriumchlorid. Jetzt kann man sich noch über die einzelnen Streustoffe unterhalten, aber vielleicht ganz kurz, um da zum Ende zu kommen: Wir arbeiten hauptsächlich mit FS30, das heißt, wir haben bei 25 Gramm Streustoff keine 25 Gramm Salz drin, sondern bloß 19,08. Wenn man sich das ausrechnet: Wie gesagt, 70 Prozent sind Trockensalz, und 30 Prozent sind Sole. Dann, kann man sich ausrechnen, kommt man auf 19-Komma-irgendwas Gramm Salz pro Quadratmeter. Das ist relativ wenig.

Was wir in den letzten Jahren auch im Fachausschuss besprochen haben, was bundesweit weiter in den Standard geht, ist FS100. FS100: Die erste Zahl, habe ich gesagt, ist der Anteil von Sole. Sole ist genau 79 Prozent Wasser, 21 Prozent Salz. Das heißt, über die letzten Jahre, das zum Thema Umwelt, hat sich der Winterdienst extrem weiterentwickelt. Die Streutechnologie ist besser geworden, die Fahrzeuge sind besser geworden, und wir schaffen es mittlerweile, mit sehr wenig Salzeintrag Winterdienst und Glättebeseitigung zu machen. Tatsächlich ist es so, dass auch immer wieder Alternativen besprochen werden. Es ist so, das sagt auch das Bundesumweltamt, und es gibt diverse Studien: Es gibt keine Alternative zu Salz. Hamburg, das im Übrigen nicht im Fachausschuss Winterdienst vertreten ist, hat vor ein paar Jahren eine Studie in Auftrag gegeben. Ich glaube, die hat eine halbe Million Euro gekostet, mit dem Ergebnis, dass es keine Alternativen gibt und dass Salz an der Stelle die einzige Alternative ist, denn alles, was man in die Umwelt einbringt, hat eine Wirkung, egal ob das Formiate oder Acetate sind. Das sind organische Stoffe. Organische Stoffe haben die Eigenschaft, dass sie sich abbauen, vollkommen richtig. Aber wie bauen sie sich ab? – Durch Sauerstoffzehrung! Das heißt, wenn das in die Gewässer, in den Boden kommt, dann schwimmen alle Fische auf der Spree verkehrtherum. Das wollen wir auf gar keinen Fall. Das auch in Hamburg von den

Umweltämtern und so weiter nicht zugelassen. Es wird teilweise auf Flughäfen angewendet, das ist richtig, weil es nicht so korrosiv ist gegen die Flugzeuge, aber Flughäfen haben einen geschlossenen Kreislauf. Das wird alles aufgenommen und entsorgt. Das kann man in der Stadt nicht machen.

Da sind wir in Berlin wirklich sehr gut mit dem Einsatz von FS100 und FS30. Wir reduzieren die Streustoffe extrem, arbeiten aber mit Streustoffen, weil die Fachmeinung international und national so ist, dass es anders nicht geht, Glätte zu beseitigen. Das zum Thema Alternativen! Wie gesagt, da sind wir als Berlin und als BSR immer an den neuesten Entwicklungen dran. Es ist aber so, wie es ist. Wenn man keinen Streustoff einbringen will, gibt es eine ganz einfache Alternative: jede Brücke mit einer Wärmeleitung auszustatten. Das hat das Bundesumweltamt, glaube ich, vor 15 Jahren schon gesagt, das ist die gesamtkostenbeste Alternative, natürlich eine Rieseninvestition, die man nicht so einfach mal macht. Insofern ist das auch ein bisschen ein Petitum dafür, generell in der Bauplanung den Winterdienst immer mitzunehmen, was die letzten zehn Jahre nicht passiert ist. – Das zum Thema Streustoffe!

Axel Koller (BSR): Gut, dann würde ich wieder übernehmen. Es gab verschiedentlich die Frage, eigentlich aus der kompletten Runde: Was würde es denn kosten, wenn Sie alles machen, wenn Sie einen Teil machen, wenn man Dienstleister beauftragt? Das ist ja Ihr Anliegen. Klar, Sie sind Parlamentarier. Sie sind diejenigen, die auch Haushalte beschließen. Sehen Sie es mir bitte nach, dass ich heute in dieser Runde dazu keine weiteren Aussagen geben möchte! Denn es hängt wirklich davon ab, wie eine Regelung letztendlich aussieht. Ich kann nur sagen, und wenn Sie sich erinnern, womit ich begonnen habe: Ich habe kurz beschrieben, was wir aktuell alles machen, und wofür wir verantwortlich sind, und dafür setzen wir unsere Ressourcen ein, um diese gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Alles Weitere könnten wir aktuell mit den Ressourcen, die wir haben, so wie die Gesetze jetzt aussehen, nicht leisten. So fair muss ich sein, um das auch mal deutlich zu sagen. Wenn es denn so ist, dass im weiteren Beratungsprozess, und davon gehe ich fast aus, nachdem, was ich heute gehört habe, noch tiefer gehende andere Vorschläge kommen oder wir gebeten werden, rechnet uns mal bitte das und das aus, dann können wir das jederzeit tun. Aber ich für mich muss Ihnen sagen, in meiner Verantwortung fände es jetzt falsch, hier eine Zahl in die Welt zu setzen, welche auch immer, die dann Erwartungshaltungen weckt oder an der du dann gemessen wirst, wenn der weitere Prozess aber noch etwas anderes ergibt. Deswegen sehen Sie es mir bitte nach! Wir haben bis jetzt keine Modellrechnung gemacht. Ehrlicherweise, dazu kamen wir bis jetzt gar nicht, denn wir haben uns im laufenden Winter mit ganz anderen Dingen beschäftigt, als darüber nachzudenken: Was wäre denn, wenn ...? – Wir können das tun, und wir würden das auch tun.

Eine Frage aus der Runde war, was ich mir wünschen würde. Ich weiß jetzt nicht genau, das war so: Herr Koller, was würde sich denn die BSR jetzt wünschen? – Wir würden uns wünschen, dass wir, das ist heute schon ein Auftakt dazu, in Zukunft bei der weiteren Beratung unsere Expertise jederzeit und gern einbringen können. Das würden wir uns als BSR wünschen. Wir haben sicherlich viele Ideen, was man anders machen kann. Es kam auch schon die Frage: Wie plant ihr das eigentlich? Wer macht bei euch den Winterdienst? – Wie das genau funktioniert, sagt Herr Brand gleich noch, aber wir machen jedes Jahr eine Auswertung zum Winterdienst. Wir trainieren im Herbst den Winterdienst. Wer sich schon mal gewundert hat, warum im September Streufahrzeuge durch die Stadt fahren: Die fahren unter anderem deshalb durch die Stadt, weil wir sogenannte große Winterdiensttests machen: Funktionieren die Systeme et cetera pp.? – So weit erst mal zum Thema Kosten. Sehen Sie es mir bitte nach,

dass ich dazu definitiv hier in dem Rahmen nichts sagen kann, was seriös wäre. Ich würde jetzt Herrn Brand bitten, Ihnen noch zu erklären: Wie funktioniert eigentlich so ein Winterdienst? Anhand welcher Kriterien macht ihr eigentlich wann was? So habe ich die Frage verstanden.

Sebastian Brand (BSR): Es ist sicherlich noch ganz interessant, wie wir da aufgestellt sind, weil verschiedentlich die Frage kam: Habt ihr reduziert? – Natürlich haben wir nicht reduziert, denn die Leute, die sonst die Straße sauber machen, sind genau die Leute, die mit Mann und Maus, wenn Winter kommt und die Wettervorhersage es vorgibt, nachts, um 3 Uhr, um 1 Uhr, um 5 Uhr, das ändert sich tatsächlich immer, je nach Wetterbedürfnis gerufen werden. Das sind genau die Leute, die sonst die Straßen sauber machen. Das heißt, jegliche Personalressource ist dann bei uns im Winterdienst, und das sind alle. Wenn Sie das verfolgt haben, haben wir in den letzten Jahren mehr Personal bekommen, weil wir Grünflächen dazubekommen haben, hierzu war auch eine Frage, und diese Mitarbeiter sind dann auch in den Winterdienst integriert und machen dann Winterdienst.

Wie ist es sonst? – Wir sind natürlich vorbereitet. Ich sagte schon, wir sind Mitglied des Fachausschusses, machen mehr oder weniger selbst die Regeln für den Winterdienst in Deutschland, schreiben daran mit und können unsere Expertise in Berlin einbringen. Wir sind als Berlin exzeptionell groß. Da können München, Frankfurt und auch Hamburg nicht mitreden. Wir haben eine andere Herausforderung, aber wir kriegen immer attestiert, dass wir da extrem gut unterwegs sind. Unsere Läger haben wir in den letzten Jahren erhöht. Wir haben 12 000 Tonnen Streustoffe, also Auftaumittel, gelagert. Da sind wir recht gut. Wir haben allerdings dieses Jahr schon 20 000 Tonnen verbraucht. Im Durchschnitt brauchen wesentlich weniger. Dann kommen wir mit den 12 000 Tonnen, wenn wir Glück haben, über drei Winter. Diesmal nicht! Es ist gut, dass wir vorbereitet sind, und da sind wir auch vorbereitet, sonst, wie Herr Koller gesagt hat, hätten wir das gar nicht geschafft. Das Personal ist eingeteilt in Rufbereitschaft von November bis Ende April, wenn es nötig ist, wird dann in zwei Schichten gerufen und muss, wie gesagt, zur Not auch zwölf Stunden arbeiten, und das mussten unsere Kollegen, wie wir schon gesagt hatten, tatsächlich seit dem zweiten Weihnachtsfeiertag. Da war ein bisschen Ausnahme. Am 2. Januar haben wir ein bisschen Silvesterdreck weggemacht, und dann ging es wieder los mit Winter, und wir mussten das immer machen.

Wir haben eine zentrale Organisation, einen Winterdienstverantwortlichen, der engen Kontakt mit dem Wetterdienstleister hat und dann ausruft. Bei uns entscheidet nicht jeder Bezirk selbst, sondern es gibt einen, der entscheidet: Jetzt geht es los, jetzt alle raus. Jetzt werden Maßnahmen gemacht. – Der legt auch fest, welche Streumengen ausgebracht werden.

Da war die Frage, inwieweit Salz hilft. Salz ist definitiv kein Allheilmittel. Ohne Salz geht es nicht, es ist aber kein Allheilmittel. Es gibt Situationen, in denen es nicht funktioniert. Wir haben an diesem tatsächlich außergewöhnlichen Ereignis, das ich – Ich bin seit 2013 bei der BSR. Ich habe den starken Winter nicht bei der BSR mitbekommen, der 2009/2010 war. Wir hatten eine Situation, dass wir in der Nacht die Streustoffe aufgebracht haben und durch den Regen bei minus 4 Grad die Streustoffe relativ schnell wieder weggewaschen wurden. Das heißt, wir waren kontinuierlich unterwegs, und nur durch das kontinuierliche Unterwegssein, das da sein in der Nacht, die ganze Nacht durch, konnten wir es hinkriegen, dass wir früh eine Situation hatten, dass der gesamte ÖPNV über die Strecken fahren konnte. Das kann man einem Anlieger nicht zumuten.

Das hätte ein Anlieger nicht geschafft, selbst wenn es eine Salzfregabe gegeben hätte, denn, das ist wissenschaftlich erwiesen, wenn die Eisdecke erst mal da ist, dann ist die nicht so leicht aufzutauen. Das Einzige, das hilft, und das ist Winterdienstpraxis in ganz Deutschland, ist das Abstoßen, das manuelle Abhaken, und das ist sehr aufwendig. Da sind wir wieder beim Thema Aufwand. Das kann man nur durch Muskelarbeit. Da kann man noch so viel Geld auf den Tisch legen. Das wird nicht mit Geld weggehen. Das ist kein Kostenthema, das ist ein Aufwandsthema, und das ist sehr aufwendig. Wer es gemacht hat, wer selbst sein Grundstück gemacht hat – Ich habe es gemacht. Ich habe für, keine Ahnung, es waren 10 Meter, glaube ich, zehn Minuten gebraucht, aber danach war der Gehweg frei. Ich habe es hier von der BAST: Bei minus 10 Grad und 0,3 Millimeter Eisdicke – Was hatten wir in Berlin? – Vielleicht 3 Millimeter Eisdicke. Bei 0,3 Millimeter Eisdicke, das ist die höchste Kurve, die es auf dieser Grafik gibt, braucht man bei minus 10 Grad 48 Gramm reines Salz. Jetzt rechne ich mal zehn, 3 Millimeter. Dann sind wir bei 480 Gramm Salz auf den Quadratmeter, um Eis aufzutauen. Das heißt, Salz ist wichtig, ist richtig und kann uns auch in bestimmten Situationen helfen, bei Schnee ist es etwas anderes als bei so einer Eisdecke, aber es ist kein Allheilmittel, und das muss man, glaube ich, auch noch mal kommunizieren. Wir hatten auch über Verantwortlichkeiten der Anlieger gesprochen. Auch da muss man vielleicht dazu noch mal anders kommunizieren.

Das haben wir auch gemacht, und zwar rechtzeitig und nicht erst ab dem 31. Auch das machen wir immer. Es ist die Frage, wie das verfährt. Wir machen da auch Presseveranstaltungen, Pressemitteilungen und so weiter und so fort. Also bekannt sind die Fakten. Das zum Thema Eis und wann Salz auf Gehwegen sinnvoll ist und wann nicht! Es kann helfen, wie gesagt, an einzelnen prioritären Stellen. Das ist vielleicht auch etwas zum Thema, was man sich wünschen kann: eine differenzierte Diskussion zu führen, an welchen Stellen es sinnvoll ist und an welchen eben nicht. Wir hatten über Prioritäten gesprochen und welche Prioritäten wir für Berlin haben wollen, denn 12 000 Kilometer sind exzeptionell viel. Wie weit sind 12 000 Kilometer? Das hat Frau Otto, glaube ich, im Interview gesagt: Nach New York sind es 6 000 Kilometer mit dem Flugzeug. Wir haben einmal hin und zurück in Berlin Gehwege zu bearbeiten. Es ist einfach durch keine Organisation leistbar, weil es einmal alle zehn Jahre vorkommt, oder wenn es vielleicht auch jeden Winter vorkommt, dann kommt es zweimal vor. Heute ist es schwierig, was Herr Koller sagte, das zu greifen. Ich denke, es ist wichtig zu gucken, was uns in der Stadt wichtig ist, und gleichzeitig zu sagen, was uns im Notfall nicht wichtig ist, denn im Notfall ist vielleicht nicht eine 100-Prozent-Leistung nötig. Das wäre es zum Thema Salz und Vorbereitung Winterdienst.

Axel Koller (BSR): Vielleicht noch eine Ergänzung dazu: Wichtig ist für Sie zu wissen, dass wir dieses Thema Winterdienstverantwortlichkeit – – Dieser Mitarbeitende unterliegt nicht meiner Weisung, sondern wir haben es ganz bewusst außerhalb der Hierarchie gestellt, nicht dass es heißt, der Chef entscheidet hier nach Kassenlage, ob wir uns den Winterdienst noch leisten können oder nicht. Das ist eine relativ ungewöhnliche Regelung, mit der wir aber sehr gute Erfahrungen gemacht haben, dass dieser Mitarbeitende – der ist natürlich ein Experte, können Sie sich vorstellen, er macht das seit mehreren Jahren – immer aufgrund der fachlichen Abstimmung mit dem Wetterdienst entscheidet, welche Ressourcen zum Einsatz kommen und welche nicht. Da können Sie sich vorstellen, dass es durchaus mal eine Personalvertretung gibt, die da viele Fragen hat: Warum schickt er die Leute wieder raus? – Das haben wir extra so organisiert. Das ist auch allgemein getragen in der BSR, und da sind wir nicht die einzigen in Deutschland, die so etwas machen, was aber in einer hierarchischen Organisation wie der BSR nicht unbedingt der Alltag ist. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht.

Ich habe hoffentlich nichts vergessen. Ich habe hier noch eine Frage stehen, ich weiß nicht mehr, woher die kam, zum Thema Aufräumen – von Herrn Schopf kam die –, welche Ideen wir dazu haben: Wir werden sicherlich verstärkt in die Öffentlichkeit gehen und die Bürger und Bürgerinnen auffordern, bitten, uns beim Aufräumen zu unterstützen. Wie genau und was genau – da sind wir gerade am Erarbeiten, wie wir das machen wollen. Wir haben viele Bürger und Bürgerinnen gehabt, die sich bei uns Streugut abgeholt haben. Das hat super funktioniert, und ich habe die Hoffnung, wenn wir Aufrufe starten, wenn wir die Berliner und Berlinerinnen aufrufen, uns beim Großreinemachen zu helfen, dass wir damit ein bisschen Entspannung ins System bringen. Wir werden auch Dienstleister beauftragen, die uns beim Ausbringen helfen sollen, und wir werden natürlich auch an die Anlieger und Anliegerinnen appellieren, die natürlich ihren Splitt selbst einholen müssten. Unsere Erfahrung zeigt uns, dass das in den letzten Jahren relativ selten passiert ist. Das ist leider unsere Erfahrung, dass das nicht passiert, aber wir hoffen mal, dass die Diskussion in der Stadt und diese Sensibilität für das Thema dazu führt, dass wir da eine gute Unterstützung aus der Bevölkerung bekommen. Wir sind wir gerade dabei, einen Plan zu machen, uns ein Konzept zu überlegen, eine Öffentlichkeitsarbeit aufzulegen, wie wir das in den nächsten Wochen machen können.

Sebastian Brand (BSR): Vielleicht dazu noch: Die Leute, die den Splitt einholen, sind genau die gleichen Leute, die den Winterdienst machen. Das heißt, wenn es am Wochenende wieder kalt wird und wir neue Schneefälle haben, müssen wir auch ein gutes Erwartungsmanagement haben, dass dann nicht erwartet wird, dass der Splitt gleich ist, denn es sind genau die gleichen Leute, die seit einem Monat oder seit mittlerweile fünf Wochen im Dauereinsatz sind. – Das noch als Ergänzung. Es sind immer die gleichen Leute, die Laub machen. Da ist das auch eine geballte Action, wo jeder sagt, ich muss vor meiner Tür als Erstes das Laub weghaben. Das funktioniert auch nicht gleichzeitig. Im Winter ist diese Gleichzeitigkeit und die Singularität dieser Aktion essenziell, dass man zu einem Zeitpunkt an jeder Stelle in Berlin ist, und das geht nicht durch eine wie auch immer geartete zentrale Organisation insgesamt.

Vorsitzender Lars Bocian: Recht herzlichen! Ich glaube, Splitt kann man wunderbar recyceln, falls es noch mal glatt wird. – Ich habe jetzt noch fünf Wortmeldungen vorliegen, aber in einer Viertelstunde würde ich gerne in die Antragsbeschlüsse gehen. Wir haben sechs Anträge zu beschließen, und es gibt auch noch Antworten. Und ich würde gerne die Tagesord-

nungspunkte 5 und 6 vertagen. Gibt es dazu Widerspruch? – Danke, dann verfahren wir so, und wir starten jetzt erst mal mit den fünf Wortmeldungen. Es beginnt die Kollegin Kapek.

Antje Kapek (GRÜNE): Vielen Dank für die Ausführungen! Das war sehr erhellend. Dann umso mehr den Dank für den Dauereinsatz an die Kolleginnen und Kollegen gerne von uns allen ausrichten! Ich würde trotzdem gerne auf die zwei, drei Punkte eingehen, die Herr Herz sagte. Ich war natürlich nicht bei der Abstimmungsrunde dabei, das wissen Sie, weil Sie ja dabei waren, aber ich kann Zeitung lesen, und man diskutiert auch sonst mal politisch am Wochenende. Da war zu vernehmen, dass Verwaltungsmitarbeiter aus den Bezirken auf Betriebshöfe gefahren sind. Dann gab es dort kein Salz, dann gab es kein Streugut. Dann ging das hin und her. Dann hat die BSR irgendwann gesagt, wo es was zum Abholen gibt und und und. Ich kann das jetzt mal für die Stadträte, mit denen ich im Austausch bin, sagen: Man war nicht unbedingt amüsiert darüber, dass man Freitagnachmittag zu so einer Runde eingeladen wird mit einer Deadline für Montagmorgen. Natürlich haben sich daran alle konstruktiv beteiligt, aber dass sie erst dann ins Arbeiten gekommen sind, Herr Herz, mit Verlaub, das wissen Sie als ehemaliger Stadtrat, können wir so natürlich nicht stehen lassen.

Aber viel entscheidender ist, darauf haben Sie selbst auch Bezug genommen, das Thema Verwaltungsreform. An der Stelle muss man schon mal sagen: Es ist gut, dass wir die alle hier miteinander beschlossen haben, aber dann sollten wir sie auch mit Leben füllen und nicht konterkarieren, und Ihr Gesetzesvorschlag macht genau das Gegenteil. Die Verwaltungsreform hat ein einfaches Prinzip: eine Aufgabe in eine Hand, entweder Bezirk oder Land, und die Ebene, die die Verantwortung dafür übernimmt, hat dann auch die Ressourcen, das Personal und die Entscheidungskompetenz. In Ihrem Gesetzesvorschlag sagen Sie: Oh, es gibt jetzt – da kann gleich noch auf Herrn Kollatz eingehen – bestimmte Ausnahmefälle. – Da wird nach Nummer 1 der Senat ermächtigt, dann doch Salz freizugeben, obwohl er nach Grundzuständigkeitszuteilung hier nicht zuständig wäre, und nur dann, wenn das Salz freigegeben ist, das aber nicht reicht aus den Gründen, die unter anderem Herr Brand gerade ausgeführt hat, können im Fall von Nummer 2 Ersatzvornahmen vom Senat angewiesen werden. Da der Senat aber gar keine eigenen Ressourcen und kein eigenes Personal hat, kann er es nicht selbst machen, sondern der Senat weist dann wiederum die Bezirke an, die Ersatzvornahmen vorzunehmen, und wenn das auch nicht klappt.

Da kommen wir zu Ihnen, Herr Kollatz, kommen wir zu Nummer 3, und da steht nichts von Resten, Ausnahmen oder sonst was, sondern da steht ganz klar: kann der gesamte Winterdienst nach § 3 und § 4 – § 3 sind alle Wege, die in Berlin beschrieben werden können, § 4 sind die Beteiligten, die hier adressiert werden – übernommen werden. Sie gehen jetzt davon aus, dass ein Teil doch räumt und ein Teil der Ersatzvornahmen funktionieren wird und dass deshalb ein Rest bleibt, aber wenn ich mir eine Gesetzessystematik angucke, dann muss ich es auch in Reinform lesen, und in Reinform bedeutet das, dass im Zweifelsfall der gesamte Winterdienst, so steht es hier leider schwarz auf weiß, nach Ihrem Modell –

Vorsitzender Lars Bocian: Frau Kollegin, Sie müssten langsam zum Schluss kommen, bitte!

Antje Kapek (GRÜNE): – übernommen werden kann. Mit dem Ziel der Verwaltungsreform hat das leider herzlich wenig zu tun, und insofern hoffe ich dringlich, dass Sie von diesem Antrag Abstand nehmen und wir im Zuge der Entschließungen, über die wir gleich reden werden, alle zu einem Modell kommen, wo wir sagen: Es wird für diesen Winter sowieso

nichts mehr. Lasst uns lieber statt fünf schlechter Schnellschüsse einen richtigen Vorschlag gemeinsam ausarbeiten.

Vorsitzender Lars Bocian: Liebe Frau Kapek! Die Kollegen wollen auch noch zu Wort kommen. Es sind nämlich noch einige Wortmeldungen hinzugekommen. Wenn alle drei Minuten reden, ist die Sitzung schon zu Ende. Deswegen bitte ich wirklich darum, sich doch kurzzufassen, wenn es möglich ist. – Dann ist die Kollegin Hassepaß dran. – Bitte schön!

Oda Hassepaß (GRÜNE): Herzlichen Dank! – Herr Herz! Sie haben das mit den Privatpersonen gesagt. Ich bin auch jemand, der in einer Reihenhaussiedlung aufgewachsen ist, und da wäre es undenkbar, dass man das nicht macht. Dann würde man schon von den Nachbarn derart geächtet werden, dass sich das keiner getraut hat. Das ist aber in unserem Antrag drin. Diese Ausnahmen haben wir schon vorgesehen.

Zwei Fragen hätte ich noch an Sie von der BSR, und zwar vielen Dank, dass Sie das mit dem Tausalz beziehungsweise dem Streustoff erläutert haben! Ich war ein bisschen erschüttert, als ich in dem Newsletter oder in der Pressemitteilung des Senats gesehen habe: Es gibt jetzt leider kein Tausalz mehr, aber es ist auch egal, denn ihr könnt alle Haushaltssalz nehmen, das ihr habt, und notfalls auch Spülmaschinensalz. Streut es auf die Wege! – Jetzt haben Sie gerade gesagt, in dem Fall hätte es das gar nicht gebracht, denn es war zu kalt und die Eisschicht schon zu dick. Da würde ich in Zukunft noch mal gucken, wie wir die Abwägung zwischen Umwelt und Verletzung noch besser koordinieren können, und da wäre es wahrscheinlich gut gewesen, wenn Frau Bonde sich vorher bei Ihnen erkundigt und gefragt hätte: Was bringt es eigentlich in dem Moment, und wie wollen wir vorgehen gehen?

Mir wäre noch wichtig: Sie haben heute auch viel davon geredet, ob Sie koordinierend noch mehr von den Gehwegen übernehmen könnten oder nicht, und da würde ich gerne noch Ihre Einschätzung haben: Wäre das denn generell denkbar, wenn man sagt, Ressourcen und finanzielle Mittel werden anders verteilt, oder sagen Sie, nein, wäre für uns ausgeschlossen?

Dann hätte ich noch eine kurze Sache zu Ihnen, Herr Herz. Sie hatten diese Aktion jetzt als Erfolg verkauft, das ist zu dem Zeitpunkt vielleicht so gewesen, aber bei über 1 200 Verletzten in Krankenhäusern würde ich Abstand davon nehmen, von Erfolg zu reden. – Danke!

Vorsitzender Lars Bocian: Jetzt ist der Kollege Schopf gerade draußen. Deswegen kann ich Herrn Schneider das Wort geben, ansonsten hätten wir über das Rederecht abstimmen müssen. – Bitte schön, Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Ach so, jetzt als Vertreter für Kollegen Schopf! – Ich möchte die Bürgerinnen- und Bürgerperspektive einnehmen. Dazu sind nämlich die Abgeordneten, und zwar alle 159, von Verfassungen wegen her berufen, allerdings nur die Abgeordneten und gerade nicht der Senat, um das hier mal deutlich zu sagen.

Erstens: Die Kommunikation des Senats war innovativ, und ich meine das sardonisch. Selbst während der Coronapandemie gab es hier Nachtschalten mit dem Regierende Bürgermeister aus irgendwelchen MPKs, die wir alle kritisch gefunden haben. Wir haben hier Verfassungsänderungen vorgenommen, um ein Notparlament zu ermöglichen.

Zweitens: Der Senat nimmt freundlicherweise zur Kenntnis, dass sich die Politik des Landes gerade ändert, und darf dann später mal, um Kollegen Goiny von der CDU aus dem Hauptausschuss zu zitieren, sagen, dass er dabei gewesen ist, denn wenn fünf Fraktionen unabhängig voneinander Entschließungsanträge zu ein und demselben Vorgang einreichen, dann ist klar: Der Ball, der jetzt beim Senat liegt, bedeutet: Hier wird etwas geändert, und zwar anti-zyklisch vor dem nächsten Winter, und nicht per Pressemitteilung in der B. Z.

Drittens: Der Glaube, dass das Eis in der konkreten Situation wegzusalzen gewesen wäre, ist spätestens nach der Einlassung der BSR heute in sich zusammengefallen. Trotzdem steht auch die SPD-Fraktion zu diesem zusätzlichen Mittel, und da danke ich der BSR, dass sie noch mal auf das Technische hingewiesen hat, das vom Gesetzgeber aufgrund einer Expertenmeinung in § 3 Absatz 7 bereits Einfluss genommen hat, 25 Milligramm und so weiter. Wir können nicht einfach Oma Kasupke mit einem 25-Kilo-Sack Salz losschicken, um ihren Fußweg zu streuen. Da braucht es technische Anforderungen, chemische Zusammensetzung. Das sind Laugen. Das ist eben nicht der Salzstreuer, und deshalb haben wir auch bei § 10a Justierungsbedarf. Der Senat wird das freundlicherweise bei seiner Evaluation berücksichtigen und für die nächste Saison entsprechende Vorschläge entwickeln.

Zum Abschluss: Aus Bürgerperspektive ist das eine sehr beanspruchende Wintersaison, und da ist es mir jetzt vollkommen egal, ob das ein terroristischer Anschlag war. Da stimme ich Ihnen übrigens zu, Herr Kollege Schaal. Es ist jedenfalls aus Bürgerperspektive der dritte Vorgang mit demselben Operationsmodus, nämlich Stromausfall, das dritte Mal großflächig. Wir haben den größten BVG-Ausfall, und jetzt kommt auch noch diese besondere Situation, das sollte auch die Opposition freundlicherweise berücksichtigen, erstmalig seit vielen Jahren, seit dem berühmten Tahiti-Satz, als die CDU den Einsatz des THW vorgeschlagen hat, was heute von den Linken ins Spiel gebracht wurde, also raus aus unserem Modus Opposition-Koalition und so weiter. Der Winter ist vorbei. Das Glatteis ist vorbei. Die Verletzten sind verletzt. Weg vom Salzfetisch! Da glaubt nur der eine oder andere Sudel-Gunnar in der Stadt, dass das tatsächlich hilft. Wir sind hier berufen, für die Menschen Politik zu machen, und die Menschen zu schützen, und dann müssen wir uns zusammenraufen. Da müssen sich die Grünen ein bisschen bewegen – die BSR wird es nämlich nicht alleine können, das ist doch vollkommen klar –, da müssen sich die Linken ein bisschen bewegen, aber die fünf Anträge, die hier da sind, und am Ende wird es der der Koalition werden, und zwar morgen, ist meine Prognose, adressieren den Senat mit den Experten, dass sich hier etwas ändert. Die Politik im Winterdienst ändert sich, und das steht fest.

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Kollege Wesener, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank! – Erst mal der Dank an Sie, Herr Koller! Ich wollte keine Zahl. Sie haben gerade noch etwas gesagt, was ich auch wichtig finde. Es geht natürlich um Seriosität in dieser Frage. Schön, dass die BSR diesem Prinzip folgt! Politik ist da manchmal anders unterwegs. Da werden wirklich manchmal Zahlen ins Schaufenster gestellt. Die sind besonders hoch, wenn man was verhindern will, und die liegen besonders niedrig, wenn man gern irgendwas erreichen möchte. Ich glaube, das eine wie das andere ist nicht der richtige Weg. Und ich will auch eines sagen: Natürlich muss allen hier im Haus, aber auch im Senat bewusst sein, dass das alte Prinzip gilt: Wer bestellt, bezahlt. Sollte es ein wie auch immer geartetes Modell geben, das mit Mehraufwendungen für die BSR verbunden ist, dann muss das natürlich bezahlt werden, inklusive der Antwort auf die Frage der Refinanzierung.

Dem schließen wir uns an. Trotzdem, sollten Sie Zahlen haben – – Sie werden ja eine Kalkulation haben hinsichtlich der Flächen, für die Sie jetzt schon zuständig sind. Ich habe es so verstanden: Das ist der Normalbetrieb, aber dann werden noch zusätzliche Kosten, ob das Materialkosten sind, ob das Nachtdienst ist, hinzukommen. Vielleicht haben Sie unterschiedliche Winterdienstklassen, ich weiß es nicht, aber für alles, was Sie an Zahlenmaterial haben, sind wir dankbar, denn, damit bin ich bei Ihnen, Herr Staatssekretär, ich glaube, wir brauchen das, und Sie brauchen das. Erst mal will ich mich entschuldigen, dass ich Ihnen vorhin ins Wort gefallen bin. Vielleicht nur als Hintergrund: Wir bereiten uns ja auf solche Sitzungen vor, und dann ist es schon frustrierend zu realisieren, dass der zuständige Staatssekretär noch nicht mal die Unterlagen gelesen hat, einschließlich des Grünenantrags.

Ja, wir wissen, dass es Eigentümer gibt, die selbst reinigen, dazu hat Frau Hassepaß einiges gesagt, und trotzdem wissen wir: Ein Großteil in dieser Stadt wohnt zur Miete. Auch viele private Eigentümer haben Winterdienste beauftragt, und da haben wir den Umstand, dass eine Leistung bezahlt wird, die nicht erbracht wird. Da bin ich dann beim Kollegen Schneider und der Bürgerinnen- und Bürgerperspektive. Ich finde das skandalös, und es gibt noch nicht mal die Möglichkeit für die Betroffenen, da Leute in Regress zu nehmen, weil die Eigentümer sagen, wir haben da einen Dienst beauftragt. Der Dienst sagt, wir konnten nicht oder wollten nicht. Ersatzvornahme funktioniert auch nicht. Damit bin ich bei Ihnen. Herr Staatssekretär, lesen Sie sich doch mal Ihren eigenen Antrag beziehungsweise den Entschließungsantrag der Koalition durch! Da steht unter anderem Folgendes drin, nämlich, dass Sie die Kostentragungspflicht der Anrainer beibehalten wollen. Das finden wir richtig. Aber deswegen werden Sie doch die Frage beantworten müssen: Was kostet das, was Sie da am Ende entscheiden und auch umsetzen? – Ich würde zumindest dringend raten, darüber vorher mal nachzudenken, einschließlich der Frage, ob man den Berlinerinnen und Berlinern sagen muss: Liebe Leute, zukünftig zahlt ihr das Doppelte – das finde ich nicht die optimale Nachricht –, oder ob man nicht sagen kann: Nein, Leute, wir haben hier ein Modell. Das ist mehr oder minder kostenneutral, trotz zusätzlicher Aufwendungen für die BSR, denn wir haben bereits Gebühren, und die sind hinreichend. – Oder die allerbeste Variante – –

Vorsitzender Lars Bocian: Sie müssten auch langsam zum Schluss kommen, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Die allerbeste Variante: Mit unserem Modell können wir sogar Geld sparen, bis hin zu dem entsprechenden Anteil in der zweiten Miete, bei den Mietnebenkosten. Dafür gibt es ein paar Indizien. Wir rechnen schon mit gewissen Synergieeffekten, wenn Winterdienst nicht mehr Flickwerk ist, sondern wenn man ganze Gebiete separat ausweisen, teilweise vielleicht auch auf Subunternehmer übertragen kann. Diese Frage müssen wir klären, aber das ist Ihr Job. Ich könnte mir vorstellen, wenn Sie mal mit dem Statistischen Landesamt reden, wenn Sie vielleicht auch mal mit dem Mieterverein reden, der immer sehr genau guckt, wie das mit den Mietnebenkosten und der Abrechnung von Winterdienst ist und so weiter, dann werden Sie da vielleicht vorankommen. Wir sind da gerne behilflich. Wir haben, wie gesagt, schon mal recherchiert, was für Angebote es gibt. Da wird nach diesem doppelten System Quadratmeterpreise, aber auch gestaffelte Pauschalen gerechnet. Ich wäre zuversichtlich, Herr Staatssekretär, dass Sie uns, wenn Sie sich dieser Frage annehmen, auch eine Antwort präsentieren können. Meine These ist: Die Berlinerinnen und Berliner werden die Antwort wissen wollen.

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Kollege! Sie müssen jetzt zum Schluss kommen. Sie sind bei 4 Minuten 20.

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Laatsch, Sie haben das Wort, bitte!

Harald Laatsch (AfD): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Meine Frage geht an Herrn Brand. Der Vorsitzende hatte vorhin gesagt, der Splitt kann wieder recycelt werden, und Sie hatten Sie hatten einen Satz begonnen mit Nein, aber nicht zu Ende bringen können, weil Sie das Mikrofon nicht hatten. Ich würde Sie bitten, diesen Satz zu beenden, weil mich interessiert, wo diese Unmengen an Splitt landen, ob die wirklich recycelt werden können oder ob die am Ende irgendwo entsorgt werden müssen.

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Kollege Luhmann, bitte!

Frank Luhmann (CDU): Das wäre auch meine Frage gewesen. Insofern hat sich das erübrigt.

Vorsitzender Lars Bocian: Herr Kollege Schaal, bitte!

Lucas Schaal (CDU): Vielen Dank! – Ich möchte mich dem anschließen, was der Kollege Schneider hier gesagt hat. Es ist doch klar, dass wir jetzt Lösungen machen und auch gemeinsam mit den Menschen ins Gespräch kommen müssen, welche Pflicht sie machen können. Ich hätte das nicht thematisiert, wenn nicht dauernd von Ihnen, Frau Hassepaß, hier versucht worden wäre, dem Senat persönlich anzuflicken, dass hier gewisse Gehwege nicht gestreut worden sind. Mir ist zugetragen worden, und ich habe ein wunderschönes Foto bekommen: Im Hintergrund sieht man ganz viele Gehwege, die schon gereinigt sind. Die Sonne steht hell am Himmel, es wird wahrscheinlich gegen 12 Uhr sein, und dann gibt es einen Gehweg, der ohne Ende mit Schnee und Eis befüllt ist. Da ist nichts getan, kein Handschlag. An der linken Hauswand steht: Das Grüne Bürgerbüro – und rechts steht: Oda Hassepaß für Pankow. – Das ist vor Ihrem Bürgerbüro. Da haben Sie keinen Handschlag getan und werfen hier allen vor, sie würden die Gehwege nicht räumen. Ich kann das gleich gern twittern, oder ich kann Ihnen das auch gleich gerne über Instagram zur Verfügung stellen, aber ich hätte das nicht gesagt, wenn Sie hier nicht so sehr auf den Putz gehauen hätten. Das ist nämlich am Ende die Sache der Glaubwürdigkeit. Wenn es Ihnen um die Verletzten geht: Mit den Gehwegen vor Ihrem Bürgerbüro hätten Sie anfangen können.

Vorsitzender Lars Bocian: Da meldet sich natürlich gleich die Kollegin Hassepaß zu Wort. – Bitte schön!

Oda Hassepaß (GRÜNE): Ich habe persönlich einen tollen Winterdienst, muss ich sagen, der das schon frühmorgens gemacht hat, und als ich in mein Bürgerbüro gefahren bin, habe ich sofort sowohl auf den Treppen als auch vor dem Bürgerbüro gestreut, Herr Schaal. Ich wohne übrigens auch zur Miete, oder ich habe dieses Bürgerbüro angemietet. Ich finde, das ist eine Unverschämtheit, so etwas hier zu platzieren, denn als ich das erste Mal im Bürgerbüro war, habe ich dort sofort gestreut. Was erzählen Sie hier für ein Märchen? Wann haben Sie es denn aufgenommen? – [Zuruf von Lucas Schaal (CDU)] – Das ist ja sehr schön. Dann machen Sie

vielleicht noch mehr Fotos von irgendwelchen Leuten, die irgendwo auf irgendwelchen Gehwegen stehen. Aber das entspricht nicht der Wahrheit. Punkt! – [Unruhe]

Vorsitzender Lars Bocian: Weitere Wortmeldungen liegen jetzt nicht vor. Ich bitte kurz um Ruhe im Saal! Ich gucke mal in Richtung BSR. Ich habe keine neuen Fragen vernommen. Wenn Sie das Wort wünschen, würde ich es Ihnen jetzt geben, wenn Sie noch etwas identifiziert haben. – Herr Koller, bitte!

Axel Koller (BSR): Ganz kurz! Wir sind noch eine Antwort von vorhin schuldig geblieben, und zwar Schornsteinfegerprinzip, und das passt zu der, die jetzt kam: Was könnten Sie vielleicht koordinieren oder nicht koordinieren? – Ich habe ausgeführt, dass wir die Stadt für unsere Fremddienstleister schon in 23 Lose aufgeteilt haben. Ich denke, das geht schon in diese Richtung, dass man so etwas blockweise vergeben könnte. Das ist eine Idee. Wir sehen auch, dass es, wenn man von Hausnummer 7 bis 3 und dann wieder von Hausnummer 34 bis 39 zuständig ist, ein hoher Aufwand ist. Das kann man sicherlich anders organisieren. Auf die Frage, ob wir generell die Koordinierung übernehmen wollen, würden, könnten, würde ich sagen, dass wir grundsätzlich vielleicht an einzelnen Stellen darüber nachdenken könnten, aber das passt wieder ein bisschen zu dem: Wir würden uns sehr freuen, wenn wir an der weiteren Ausarbeitung mit unserer Expertise teilhaben dürfen.

Sebastian Brand (BSR): Ich habe noch zwei Fragen verstanden, einmal zum Thema Salz: Was ist der Unterschied? – Salz ist Salz. Es kommt aus dem gleichen Tagebau. Da gibt es tatsächlich keinen großen Unterschied. Bei uns ist Antibackmittel mit drin, dass das nicht verklumpt und in den großen Mengen lagerfähig gehalten wird. Es ist ein bisschen grobkörniger. Das andere Salz ist ein bisschen feinkörniger. Da kommt die Schaufel unten im Tagebau, und dann wird es zerhackt. Einmal ist da ein Abfüller, das geht dann in den Supermarkt, und das andere geht zu uns. Also es ist genau das gleiche Zeug, und insofern funktioniert es auch relativ gleich, aber es macht natürlich keinen Sinn, jemanden mit dem Salzpaket auf den Gehweg zu stellen und es dort auszukippen, denn, wie gesagt, da braucht es Technik. Dafür gibt es nicht umsonst Fachausschüsse und Fachexperten. Wir als BSR sind da schon die Profis und können damit umgehen. – Das noch zum Thema Salz!

Dann war die Frage nach dem Splitt. Das ist immer wieder, nach jeder Winterdienstsaison, interessant, und auch das sagen wir regelmäßig: Splitt kann nicht wieder als Splitt verwendet werden. Es hat eine gewisse Körnigkeit. Tatsächlich arbeiten wir da nach einer DIN-Vorschrift. Es gibt eine DIN-Vorschrift für Splitt, natürlich gibt es die in Deutschland, und da ist, wie gesagt, eine gewisse Körnigkeit, eine gewisse Größe festgelegt und eine Kantigkeit. Deswegen recyceln wir diesen Splitt. Den holen wir separat ein. Der wird auch separat verbracht, wird gewaschen und dann als Bauersatzstoff weiterverwendet, aber nicht als Splitt. Es kommt immer wieder in Frage: Mensch, kann ich doch wieder benutzen. – Kann man machen, hat aber nicht die gleiche Wirkung. Deswegen machen wir es nicht, weil wir da nach ganz normaler DIN-Vorschrift arbeiten.

Vorsitzender Lars Bocian: Super! Einige Private machen das, glaube ich, aber das ist auch in Ordnung. – Herr Staatssekretär! Sie haben jetzt das Wort, wenn Sie Fragen identifiziert haben.

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will nur auf drei Punkte eingehen. Erstens bin ich beruhigt, dass der ehemalige Finanzsenator darüber nachdenkt, das, wer bestellt, auch zahlen muss, und dem Senat zutraut, dass der Antrag, so wie er heute beschlossen würde, selbstverständlich enthalten wird, auch eine Kostenschätzung vorzulegen. Ich bin gleichzeitig beruhigt, dass Sie mir grundsätzlich, glaube ich, zutrauen, dass ich lesen kann. Ich traue es Ihnen genauso zu, und deswegen lese ich Anträge in der Regel so und beantworte aber auch Fragen so, wie sie gestellt wurden.

Gleichzeitig will ich auf Frau Kapek insofern nur eingehen: Ich weiß nicht, was Ihre Quellen waren, aber wir haben noch am Freitagabend dank der Mitwirkung der BSR mitgeteilt, wo Splitt am Samstag abzuholen war und genau ein einziger Bezirk war vielleicht nach anderen unterwegs, ich will es mal so formulieren, und hat an diesem Samstag nicht die volle Menge, die er wollte, abholen können. Wir haben deswegen umgestellt, dass wir nicht mitgeteilt haben, an welchen Betriebshöfen der BSR Streugut abzuholen war, sondern haben bedarfsscharf die Bezirke jeweils melden lassen und dann bedarfsscharf durch die BSR mitgeteilt, wo es am Folgetag abzuholen ist.

Ich will schließen und insofern auf den Abgeordneten Schneider eingehen und meinen Dank wiederholen, den ich ganz am Anfang getan habe, nämlich dass die SPD- und die CDU-Fraktionen für die Vorlage dieses Entwurfs der Änderung des Straßenreinigungsgesetzes verantwortlich zeichnen und wir insofern als SenMVKU und, ich bin relativ sicher, als gesamter Senat uns dem nicht nur anschließen, sondern natürlich dafür danken.

Vorsitzender Lars Bocian: Dann würde ich jetzt vorschlagen, dass wir in die Abstimmungen gehen und bedanke mich aber erst mal ganz herzlich für die Expertise, dass Sie da waren, liebe BSR, und für die Arbeit! Sie können uns verlassen, Sie können auch noch hier bleiben. Danke, dass Sie da waren!

Ich hatte eingangs erwähnt, dass der Antrag zu b heute nicht abgestimmt werden kann. Deswegen schlage ich vor, dass wir 4 b vertagen. Sehe ich da Einvernehmen? – Da sehe ich jedenfalls kein Kopfschütteln. Dann verfahren wir so.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen über die Anträge 4 a bis f. Zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zu 4 a, liegt eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe vor. Darin empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, SPD, Linke und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag abzulehnen. Dann noch ein Hinweis: Das Berichtsdatum ist abgelaufen. Möchten wir das anpassen? 30. September 2026? – Gut, dann machen wir eine 26 daraus. Wir stimmen ab über den Antrag unter 4 a, Drucksache 19/2303: „Sichere Geh- und Radwege auch im Winter – Glättechaos beenden, BSR zentral mit dem Winterdienst auf allen Wegen beauftragen“. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchten, den bitte ich um Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das ist die Linksfraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt, und eine entsprechende Beschlussempfehlung geht ans Plenum.

Wir stimmen ab über den Antrag unter 4 c, ein Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2933: „Änderung des Berliner Straßenreinigungsgesetzes“. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind

die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Linksfraktion, der AfD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist dieser Antrag angenommen, und es geht eine entsprechende Beschlussempfehlung umgehend sogar an das Plenum. Müssen wir noch eine Dringlichkeit beschließen? – Nein.

Dann stimmen wir ab über den Antrag unter Punkt 4 d, Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Entschließungsantrag Drucksache 19/2933-2: „Evaluation und Reform des Berliner Winterdienstes.“ Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Linksfraktion ist dieser Antrag angenommen, und eine entsprechende Beschlussempfehlung geht an das Plenum.

Wir stimmen ab über den Antrag unter 4 e, ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 19/2933-1: „Das Glättechaos in Berlin beenden – für einen funktionierenden Winterdienst aus einer Hand von Profis“. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Linksfraktion ist dieser Antrag abgelehnt, und eine Beschlussempfehlung geht an das Plenum.

Wir stimmen ab über den Antrag unter Punkt 4 f, ein Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung, Drucksache 19/2933-3: „Mobilität für alle gewährleisten: Winterdienst neu aufstellen“. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Linksfraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist dieser Antrag abgelehnt, und eine entsprechende Beschlussempfehlung geht an das Plenum.

Wir kommen zum Antrag der AfD-Fraktion, dem Entschließungsantrag Drucksache 19/2933-4: „Winterdienst-Versagen beenden – Fußgängersicherheit jetzt gewährleisten, statt ideologisch am Streusalzverbot festzuhalten“. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt, und eine Beschlussempfehlung geht an das Plenum.

Jetzt schlage ich vor, TOP 4 c bis g mit Dringlichkeit zu behandeln. Kann ich dazu Einvernehmen feststellen? – Das ist der Fall. Dann verfahren wir so.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) **Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs** [0160](#)
Potentiale von Sharing-Angeboten für einen Beitrag Mobil
zur Berliner Verkehrswende
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

- (neu) b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0445](#)
**Sharing-Konzept – Zukunft der geteilten Mobilität
in Berlin“** Mobil
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0439](#)
**Verfehltes Pünktlichkeitsziel, marode Stellwerks-
und Signaltechnik, ständige Störungen – wann löst
der Senat die S-Bahn-Krise?** Mobil
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0361](#)
Herausforderungen bei der Berliner S-Bahn Mobil
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- (neu) c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0446](#)
**Berliner S-Bahn zukunftsfest gestalten: Maßnahmen
für Stabilität und Ausbau** Mobil
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.